

# Metallarbeiter-Zeitung

### Organ für die Interessen der Metallarbeiter

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schern.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Kettestraße 16 b.  
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate  
für die sechsgespaltene Colonne ober deren Raum 80 Pf.  
Bei Wiederholungen Rabatt.

In einer Aufl. von **215 300** Exemplaren  
erschienen diese Ztg.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

### An unsere Mitglieder!

In Nr. 49 dieser Zeitung vom 3. Dezember 1904 unterbreiteten wir unsere Vorschläge für die nächste Generalversammlung auf Erweiterung des Unterstützungsweffens den Mitgliedern zur Diskussion. Wir benutzten zum Nachweis der Durchführbarkeit Zahlen unseres Verbandes und stellten sie in Vergleich mit den durch die Berufs- und Gewerbezahlung 1895 gewonnenen. Wir kamen zu der Überzeugung, daß unsere Rechnungen, wenn sie auch viel Wahrscheinlichkeit für sich hatten, doch noch einer Nachprüfung bedürfen, weil zum Teil Material in Anwendung kam, das nicht mehr ganz zutreffend war. Wir erwähnten in unseren damaligen Ausführungen nebenbei die Verhältnisse von Krankenkassen, fügten aber gleich hinzu, daß diese Verhältnisse auf unseren Verband nicht anwendbar seien. Dieses, sowie der Mangel an einwandfreiem Material veranlaßte uns zu einer Umfrage unter den Verbandsmitgliedern. Im Einverständnis mit den Bezirksleitern wurden verschiedene Orte bestimmt und zu den Erhebungen herangezogen, in denen das Beitragsstufen- und Werkstattvertrauensmännerystem gut funktioniert, die aber auch hinsichtlich ihrer Größe und der Art ihrer Industrie sehr viel Verschiedenartigkeit aufweisen. Beteiligt an den Erhebungen haben sich im ganzen 50079 Mitglieder, also ungefähr der dritte Teil der Mitgliederzahl, die wir unseren Berechnungen im November zugrunde gelegt hatten. Die Beteiligung gestattet daher sehr wohl einen Schluß auf die allgemeinen Verhältnisse in unserem Verband und beleuchtet grell den Unterschied in der Belastung bei unserem ~~Verband~~ und bei den Krankenkassen. Die Umfrage betraf die Feststellung der Dauer der Mitgliedschaft, die Zahl der Fälle von Erwerbslosigkeit und vorübergehender Erwerbsunfähigkeit. Auch war eine Frage über die Zugehörigkeit zu einer weiteren Krankenkasse außer der gesetzlich vorgeschriebenen gestellt.

Das nunmehr gesichtete Material zeitigte folgendes Ergebnis: Von den 50079 Mitgliedern waren arbeitslos 8471 = 16,91 Prozent, vorübergehend erwerbsunfähig 7289 = 14,56 Prozent, als Nichtbezugsberechtigte (Mitglieder unter einem Jahre) wurden gezählt: Arbeitslose 3171, Erwerbsunfähige 1278. Die Zahl der bezugsberechtigten Mitglieder beträgt hiernach: arbeitslos 5300 = 10,58 Prozent, erwerbsunfähige 4711 = 9,41 Prozent. Von den an der Umfrage beteiligten Mitgliedern gehörten 14217 = 28,39 Prozent noch einer weiteren Krankenkasse an, und zwar der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter 4382 = 8,75 Prozent, der Nationalen Krankenkasse der Gold- und Silberarbeiter 270 = 0,53 Prozent, der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer Arbeiter 493 = 0,97 Prozent, verschiedenen Krankenkassen 9132 = 18,24 Prozent. Wie wenig das Material der Krankenkassen zu Vergleichen mit unserem Verband geeignet ist, geht daraus hervor, daß von den festgestellten Mitgliedern der Rassen vorübergehend erwerbsunfähig waren: im ganzen 2948 = 20,73 Prozent, in der Metallarbeiterkrankenkasse 1012 = 23,9 Prozent, in der Gold- und Silberarbeiterkassen 71 = 26,3 Prozent, Tischlerkrankenkasse 105 = 24,25 Prozent, in den verschiedenen anderen Rassen 1760 = 19,27 Prozent. Die Erwerbsunfähigkeit in den Krankenkassen ist also wesentlich höher als im Verband. Neben verschiedenen anderen Ursachen kommt zweifellos dabei in Betracht, daß die Gewerkschaftsorganisation durch die Arbeitslosenunterstützung eine Trennung der Arbeitslosen- und Erwerbsunfähigen voneinander kann. Außerdem aber auch, daß der Zugang von jüngeren Jahrgängen in der gewerkschaftlichen Organisation ein wesentlich größerer ist als in den Krankenkassen.

Für unsere Berechnung kommen nur die bezugsberechtigten Mitglieder in Betracht. Ebenso können nur die auf diese Mitglieder entfallenden Unterstützungstage in Berechnung gezogen werden. Wie schon angeführt, waren von den 50079 Mitgliedern in der Zeit vom 30. September 1903 bis 1. Oktober 1904: erwerbsunfähig 4711 Unterstützungsberechtigte mit 156 161 erwerbslosen und 127 895 Unterstützungstagen; erwerbslos aus anderen Gründen 5300 Unterstützungsberechtigte mit 204 005 erwerbslosen und 172 205 Unterstützungstagen.

Von den „erwerbslosen Tagen aus anderen Gründen“ sind noch in Abzug zu bringen: für Entlastung durch Keifegeldempfänger, die bisher 16 Tage betrug, die Hälfte mit 8 Tagen, und, da die Zahl der Reisenden zu der der Erwerbslosen am Orte sich verhält wie 9:14, 8 Tage x 2074 Empfänger = 16592 Unterstützungstage; für Gemäßregelte 35 Tage x 224 Empfänger = 8288 Unterstützungstage. Zusammen 24880 Unterstützungstage.

Die Zahl der Unterstützungstage bei Erwerbslosigkeit aus anderen Gründen beträgt mithin 172 205 - 24 880 = 147 325 Unterstützungstage.

Die Unterstützungstage verteilen sich auf die einzelnen Jahresklassen:

	Prozent der Unterstützungstage	Unterstützungstage	Unterstützungsbeträge pro Tag M.	Unterstützungsbeträge im ganzen M.
1. Jahresklasse . . .	23,46	30004	1,—	30004,—
2. „ . . .	18,96	24249	1,17	28371,33
3. „ . . .	12,81	16388	1,33	21789,39
4. „ . . .	11,62	14861	1,50	22291,50
5. „ . . .	38,15	42898	1,67	71804,66
	100,—	127355	—	175260,88

### Bei Erwerbslosigkeit aus anderen Gründen

	Prozent der Unterstützungstage	Unterstützungstage	Unterstützungsbeträge pro Tag M.	Unterstützungsbeträge im ganzen M.
1. Jahresklasse . . .	90,68	45 199	1,—	45 199,—
2. „ . . .	21,76	32058	1,17	37 507,86
3. „ . . .	12,25	18047	1,33	24 002,51
4. „ . . .	9,38	13819	1,50	20 728,50
5. „ . . .	25,93	38202	1,67	63 797,34
	100,—	147 325	—	191 235,21

Es sind erforderlich bei einer Mitgliederzahl von 50079 für Unterstützung an Erwerbslose infolge Erwerbsunfähigkeit . . 173 260,88 M.  
aus anderen Gründen . . . 191 235,21 „  
Summa 364 496,09 M.

Demgegenüber stehen an Einnahmen aus den Beiträgen zur Verfügung von 50079 Mitgliedern 46,5 Beiträge à 20 Pf. = 465 734,70 M.

Einnahmen und Ausgaben bilanzieren hiernach:

Einnahmen aus Beiträgen . . . . .	465 734,70 M.
aus anderen Quellen . . . . .	—
<b>Summa</b>	<b>465 734,70 M.</b>
Erwerbslosenunterstützung . . . . .	364 496,09 M.
20 Prozent der Beiträge an die Verwaltungsstellen . . . . .	93 146,94 „
1 Prozent für die Hauptkass. . . . .	4 657,35 „
<b>Summa</b>	<b>462 300,38 M.</b>
<b>Überschuß</b>	<b>3 434,32 M.</b>

Um diese Rechnung mit unserer im November aufgestellten einigermaßen vergleichen zu können, kann man, da die an den Erhebungen beteiligte Mitgliederzahl 50079, also circa ein Drittel der damals angenommenen Mitgliederzahl beträgt, die gewonnenen Zahlen mit 3 multiplizieren. Man erhält dann:

Einnahmen . . . . .	1 397 204,10 M.
Ausgaben . . . . .	1 386 901,14 „
<b>Überschuß</b>	<b>10 302,96 M.</b>

Vergleicht man die gewonnenen Zahlen mit denen unserer bisherigen Abrechnungen, so stellt sich die Zahl der Empfänger von Arbeitslosenunterstützung nach Abzug der Gemäßregelten auf 5076 gleich 10 Prozent, während sie sich bisher stellte im Jahre 1901 auf 10,4 Prozent, 1902 auf 11,2 Prozent, 1903 auf 10,2 Prozent. Die Zahl der Unterstützungstage stellt sich auf 29 gegen 21,1 im Jahresdurchschnitt der letzten drei Jahre. Die Erhöhung der Unterstützungszeit resultiert aus der Verlängerung der Bezugszeit. Die Erwerbsunfähigen stellen 9,4 Prozent und es weist jeder 27,1 Unterstützungstage auf. Es ist darin ebenfalls die Verlängerung der Bezugszeit enthalten.

Diese Nachprüfung ergibt also die Durchführbarkeit unserer Vorlage, soweit sie sich in den von uns gezogenen Grenzen hält. Ein Mehr nach der einen oder anderen Richtung kann nicht gewährt werden. Dies gilt besonders in bezug auf die Abschaffung der siebenwöchigen Wartezeit bei Bezug der Ortsunterstützung. Selbst die Verkürzung der Wartezeit auf nur einen Tag ist mit den geforderten Beiträgen nicht zu erfüllen, das lehren die gewonnenen Zahlen über die erwerbslosen Tage. Die für die Wartezeit in Betracht kommenden Tage bestehen aus solchen von Erwerbslosigkeit bis zu sechs Tagen und solchen über sechs Tagen. Die Mehrbelastung durch sie würde sich wie folgt gestalten:

### Erwerbsunfähigkeit

	Zahl der Tage bei Erwerbslosigkeit bis zu 6 Tagen   über 6 Tage   zusammen			Aufwendungen in Mark
	1. Jahresklasse . . .	664	7020	
2. „ . . .	588	5514	6102	7133,49
3. „ . . .	398	3444	3842	5109,86
4. „ . . .	361	2982	3343	5044,50
5. „ . . .	1453	9808	11261	17967,63
	<b>3679</b>	<b>29268</b>	<b>32947</b>	<b>43199,98</b>

### Erwerbslos aus anderen Gründen

	Zahl der Tage bei Erwerbslosigkeit bis zu 6 Tagen   über 6 Tage   zusammen			Aufwendungen in Mark
	1. Jahresklasse . . .	881	9868	
2. „ . . .	594	6878	7472	8859,24
3. „ . . .	369	4032	4401	5840,08
4. „ . . .	294	3080	3374	4966,—
5. „ . . .	840	7902	8742	14599,14
	<b>2978</b>	<b>31800</b>	<b>34778</b>	<b>45083,41</b>

Die Mehrausgaben würden betragen bei 50079 Mitgliedern an Erwerbslosigkeit . . . . . 43 199,98 M.  
aus anderen Gründen Erwerbslose 45 083,41 „  
Zusammen 88 283,39 M.

oder für die in unserer Rechnung angenommene Mitgliederzahl von 150287: 88 283,39 M. x 3 = 264 850,37 M. oder 3,3 Pf. pro Wochenbeitrag, 150287 Mitglieder mit 46,5 Beiträgen im Jahre gerechnet.

Stuttgart, im März 1905.

Der Vorstand.

### Die Eisenpreise.

Die gewissermaßen offiziellen und in der Presse publizierten Preisnotierungen an den Börsen haben kaum viel mehr als theoretischen Wert. Während die Stahl- und Eisenpreise das Jahr hindurch bis zu einem gewissen Grade flüchtig und beweglich sind und diese Schwankungen auch in den Marktberichten zum Ausdruck gelangen, zeigen die Börsennotierungen nicht nur von Woche zu Woche, sondern auch in längeren Zwischenräumen keine oder nur geringe Veränderungen, so daß man an ewige feste Preise glauben könnte. Dadurch verlieren diese Notierungen erheblich an praktischem Werte und sie erscheinen fast nur als preisstatistische Spielereien.

Gegen die ewige Unveränderlichkeit der Warenpreise gerade in der Eisenindustrie sprechen schon die vielen Syndikate und Kartelle, die mit dem Stahlwerkverband und Eisen Syndikat an der Spitze ja nur den einzigen Zweck haben, die Preise beständig in die Höhe zu treiben, also nichts weniger als unveränderlich zu lassen, um die Kapitalprofite fortwährend zu steigern. Der Stahlwerkverband, der bekanntlich nach langen Kämpfen vor Jahresfrist gegründet wurde, hat im Laufe des Jahres eine bedeutende Erweiterung erfahren, indem auch die schlesischen Werke sich anschlossen oder unter dem Namen Oberschlesischer Stahlwerkverband ein Syndikat schufen, das genau den gleichen Zweck wie der Stahlwerkverband dient. Diefen gehören 31 Werke mit 8135 950 Tonnen Jahresproduktion an. Der Syndikatsring ist also hier geradezu geschlossen und damit ein neues Privatmonopol, ein Staat im Staate geschaffen, das die gleiche erdrückende und alles beherrschende Macht ausübt wie das allmächtige Kohlsyndikat. Die Klagen der Halblegungverbraucher erschallen davon. Es handelt sich dabei besonders um die verderbliche Preispolitik, die von den inländischen Abnehmern Wunderpreise fordert, gleichzeitig aber den ausländischen Konkurrenten dieser vermögastigen deutschen Unternehmer die gleichen Produkte zu Schmelzpreisen liefert. Vor einigen Monaten wiesen die Halblegungverbraucher in einer öffentlichen Kundgebung nach, daß der Stahlwerkverband folgende verschiedene Preise (pro Tonne in Mark) festsetzte:

Werkstoffe	Stand	vorheriger Stand
Verwalzte Blöcke . . . . .	62	82,50
Billets . . . . .	65	90,—
Platinen . . . . .	66	92,50

Diese Preise und Preisdifferenzen sucht man in den Börsenberichten über die Preisnotierungen, deren Zweck die Verhinderung der Larkachen sein könnte, ebenfalls vergebens. Die kleine Tabelle mit ihren gewaltigen Preisunterschieden illustriert die unverantwortliche, rindöse und vaterlandslose Politik des Stahlwerkverbandes mit überzeugender Deutlichkeit. Freilich gewährt er eine Ausführungsvergütung von 15 M. an die Halblegungverbraucher, und er sucht damit seine verderbliche Preispolitik zu rechtfertigen und zu beschönigen. Die Halblegungverbraucher weisen aber nach, daß trotzdem der deutsche Exporteur mit der Tonne Blech um 16,40 M. schlechter steht als sein belgischer und um 9,20 M. schlechter als sein englischer Konkurrent.

Unter den oben gemachten Vorbehalten gegenüber den Börsenberichten seien folgende vergleichende Preisübersichten gegeben. Es notierten an der Dortmunder Börse (pro Tonne in Mark):

Eisen- und Stahlorten	Debr. 1904	Juni 1904	Debr. 1903
Deutsches Gießereierheisen Nr. 1 . . .	87 1/2	67 1/2	67
„ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „	85 1/2	65 1/2	65 1/2
Beißstrahlige Roheisen . . . . .	66	58	58
Deutsches Bessmerroheisen . . . . .	68	68	68
Spiegelisen . . . . .	87	67	63
Luxemburger Roheisen . . . . .	52	52	52
Englisches Gießereierheisen Nr. 3 . . .	—	64	—
Stabeisen in Schweisseisen . . . . .	125	125	120
„ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „	110	115	112
Trägerisen . . . . .	122 1/2	122 1/2	122 1/2
Winkelisen . . . . .	112	115	112
Feinbleche . . . . .	125	125	125
Thomas-Grobbleche . . . . .	145	145	145
Siemens-Martin-Grobbleche Nr. 1 . . .	160	160	160
„ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „	150	150	—
Reservoirbleche . . . . .	150	150	150
Konstruktionsbleche aus Schweisseisen .	155	155	155
Eisenbahnschienen aus Bessmerstahl .	135	135	135
„ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „	130	130	130
Grubenochsen aus Flußeisen . . . . .	105	105	105

Der Vergleich der Preise vom Dezember und Juni 1904 zeigt, daß nur zwei von den 20 angeführten Sorten eine Änderung erfahren. Stabeisen in Flußeisen war Ende 1904 mit 110 M. um 5 M. tiefer im Preise als ein halbes Jahr vorher, Winkelisen mit 112 M. ebenfalls um 3 M. tiefer als im Juni. Die Juni-notierungen dagegen zeigen gegenüber jenen vom Dezember 1903 für drei Sorten Preissteigerungen. Der Vergleich der Preise vom Ende 1904 und 1903 ergibt nur für vier Sorten Veränderungen, und zwar für drei Erhöhungen, für eine Verminderung. Erhöhung erfahren deutsches Gießereierheisen Nr. 1 um 60 Pf., Spiegelisen um 4 M., Stabeisen in Schweisseisen um 5 M.; der Preis für Stabeisen in Flußeisen ist von 113 auf 110 M. zurückgegangen.

In Oberschlesien war die Geschäftslage der Eisenindustrie ähnlich wie in Rheinland-Westfalen, „stagnierend“, wie man sie etwa bezeichnen könnte. Es trat keine neuerliche Verschlechterung ein, aber die Besserung machte keine weiteren Fortschritte. Es notierten in Gleiwitz (pro Tonne in Mark):

Eisen- und Stahlorten	Debr. 1904	Juni 1904	Debr. 1903
Gießereierheisen . . . . .	61	61	61
Platinit . . . . .	75	78	78
Qualitäts-Bessmerroheisen . . . . .	55	55	55

Eisen- und Stahlorten	Dezbr. 1904	Juni 1904	Dezbr. 1903
Siemens-Martin-Roh Eisen	58	58	58
Stabeisen	125	125	125
Kesselfleche	150	150	150
Flußeisenbleche	180	180	180
Dünne Bleche	122 1/2	125	150
Stahlbraut	120	118	120

Demnach hatten dünne Bleche Ende 1904 einen um 2,50 M. niedrigeren Preis als im Juni und Stahlbraut einen um 2 M. höheren Preis, während die Preise der übrigen sieben Sorten unverändert blieben. Im Juni hatten gegenüber Dezember 1903 dünne Bleche und Stahlbraut niedrigere Preise. Der Vergleich der Preise von Ende 1904 und 1903 ergibt nur zwei Veränderungen, und zwar Reduktionen. Der Preis für Hämatit ist von 78 auf 75, der für dünne Bleche von 180 auf 122,50 M. zurückgegangen.

In England war das ganze Jahr hindurch die Wirtschaftslage eine unbefriedigende und herrschte außerordentlich große Arbeitslosigkeit. Es wurden denn auch nur 1 008 336 gegen 1 216 457 Tonnen Roheisen im Jahre 1903 verschifft. Auch beim Jahreswechsel ist die Situation nicht besser, indes wird doch auf Besserung im laufenden Jahre gerechnet und von etwas besserer Beschäftigung der Gießereien, Walzwerke und Schiffsverwerften berichtet. Die Preise waren folgende (pro Tonne in Markt):

Eisen- und Stahlorten	Dezbr. 1904	Juni 1904	Dezbr. 1903
Middlesbrough Nr. 1, G.-M.-B.	49	45	43
" = 3, " = "	50	45	43
" = 4, Gießereisen	48	42 1/2	42 1/2
" = 4, Puddelisen	46	41 1/2	42 1/2
" = Hämatit	55	51 1/2	51
Warrant's	49	43	42
Schottische M.-M.	54	—	50
Rumberland Hämatit	57	53	52 1/2
Eisenplatten	120	127	122 1/2
Stahlplatten	115	112 1/2	107 1/2
Eisenwinkel	127	122 1/2	120
Stabeisen	127	122 1/2	122 1/2
Stahlzylinder	—	90	—
Stahlwinkel	105	105	100

Sämtliche angeführte Sorten haben demnach im verfloßenen und mit einer einzigen Ausnahme auch im zweiten Halbjahr Preisveränderungen erfahren.

Überraschende Besserung ist auf dem wirtschaftlichen Gebiet in Amerika eingetreten. Ingesamt ist das Jahr freilich ein schlechteres als es im Jahre 1903 war. So ist die Roheisenproduktion von 18 Millionen Tonnen im Jahre 1903 auf 16,12 Millionen Tonnen im Jahre 1904, also um rund 2 Millionen Tonnen, zurückgegangen. Von den zwölf Monaten wies der letzte, der Dezember, mit 1,61 Millionen Tonnen die stärkste Produktion auf. Die Preise zeigen folgende Bewegung (pro Tonne in Markt):

Eisen- und Stahlorten	Dezbr. 1904	Juni 1904	Dezbr. 1903
Gießereiroh Eisen Nr. 2 (Philadelphia)	60	58	60
" = 2 (Cincinnati)	48	47	48
Bessemerroheisen (Pittsburg)	56	50	60
Graves Puddel Eisen	52	48	50
Stahlkugeln	72	92	92
Schwere Stahlzylinder	112	112	112
Behälterbleche (Pittsburg)	1,60	1,60	1,60
Febleche	2,25	2,10	2,65
Drabstifte	1,85	1,90	2,—

Demnach haben fast alle Sorten Preisveränderungen erfahren, und zwar meistens im Sinne der Reduktion, im Gegensatz zu England, wo die meisten Preise Erhöhung erfahren. Bei den letzten drei Sorten sind die Preise in Cents (1 Cent = 4,2 Pf.) und pro englisches Pfund (1 Pfund = 3,5 Kilogramm) angegeben.

Über den Stand der wirtschaftlichen Verhältnisse orientierend ist die Angabe, daß voraussichtlich im Jahre 1905 die Roheisenproduktion auf 20 Millionen Tonnen steigen wird, gegen 16 Millionen im Jahre 1904 und 10 Millionen in Deutschland sowie 8 Millionen in England. Die amerikanische Roheisenproduktion dürfte demnach bald diejenige Deutschlands und Englands zusammen übertreffen.

Für Deutschland bedeutet ein neuer amerikanischer wirtschaftlicher Aufschwung in jeder Beziehung nur Vorteil. Es geht dann die amerikanische Konkurrenz auf dem Weltmarkt zurück und gleichzeitig steigt auch der amerikanische Export. Bei dem raschen Wechsel von Prosperität und Krise in Amerika sind indes alle Vorhersagen mit Vorsicht aufzunehmen.

**Wirtschaftliche Rundschau.**

Sie alten Handelsverträge mit den sieben Staaten der neuen Unglücksverträge sind zum 1. März 1905 unumkehrig gekündigt worden. Noch ein Jahr laufen die alten Verträge, aber die neuen werden innerhalb dieser Zeit sich bereits fühlbar machen. Wir haben in Wirklichkeit schon in ein paar Monaten mit ihnen zu rechnen. In den einzelnen Industrien wird der Zeitpunkt verschieden sein, er richtet sich danach, wann die Lieferungen verzögert und in Arbeit genommen werden, die nach dem 1. März 1906 zu exportieren sind. Zunächst wird die schwere Maschinenindustrie unter den neuen Verträgen leiden, weil ihre Liefertermine sechs Monate bis ein Jahr betragen. Diese Industrie wird schon längere Zeit ihre Herstellungsgeschäfte mit den höheren Zollsätzen rechnen müssen, das heißt es wird schon im Herbst eine Steigung in den Arbeiter für das Ausland eintreten. In der Zeit zwischen dem Herbst und dem 1. März werden die anderen Industrien darunter leiden, die längere Zeit zur Erzeugung ihrer Produkte brauchen. Da in den neuen Verträgen die Zolltarife für leichte Produkte der Maschinen- und Metallwarenindustrie besonders groß sind, wird hier auch die Wirkung größer sein als im schwereren Maschinenbau.

Obwohl wir also die neue Zeit der Steigung unserer Ausfuhr in solcher Höhe haben, daß wir sie bald werden bemerken müssen, so wissen wir doch, daß für die nächste Zeit, in unseren Exportindustrien fast für das ganze Jahr, auf gute Konjunktur zu rechnen ist. Denn wir können uns nichts anderes denken, als daß gerade wegen der Zolltarife die ausländischen Konsumenten und Importeure sich mit Bestellungen bedien werden, um die deutschen Produkte herzubekommen, so lange noch die alten Verträge gelten. Nachher wird der Rückschlag natürlich um so härter sein.

In der Zeit liegen von Arbeitsmarkt und den Warenmärkten andauernd gute und bessere Nachrichten vor, nur hat der Bergarbeiter mit den höheren Zollsätzen einige Unregelmäßigkeiten und damit auch Unklarheiten der Lage gebracht. Sicherlich ist dies in der Hauptsache damit zu erklären, daß der deutsche Kapitalismus sich immer mehr wieder in die Höhe krabbelt, daß der Zolandskoszum steigt. Wenn wir aber im nächsten Halbjahr und auch noch länger gute Nachrichten aus den Exportindustrien hören, so braucht uns das keineswegs zu wundern. Nachher wird es anders kommen. Jetzt freilich, nachdem nichts mehr zu ändern ist, mancherorts ist auf die Herzen der Produktion, und zwar, bei diesen Verträgen

tarifen sei eine Ausfuhrindustrie unmöglich. Wir wollen nur zwei Beispiele anführen, die uns typisch scheinen. In der Frankfurter Zeitung schreibt eine „erste Gasmotorenfabrik des Kontinents“, nachdem sie aneinandergelegt, der neue russische Tarif bedeute eine Erhöhung des Wertzollens von 20 auf 30 bis 86 Prozent:

„Diese Erhöhung wird uns den Export nach Russland außerordentlich erschweren, einmal, weil die russische Industrie heute schon, namentlich auf dem Gebiet der Motoren für flüssige Brennstoffe, als eine nicht zu unterschätzende Konkurrenz auftritt, andererseits aber auch dadurch, daß der in erster Linie als Käufer für uns in Betracht kommende kleine Handwerker der hohen Anschaffungspreise nicht mehr erwidern kann und das Arbeiter mit so teuren Maschinen auch in vielen Fällen überhaupt nicht mehr rentabel ist. Freilich wird man uns, so lange Russland anderen Industrieländern (England, Frankreich, Vereinigte Staaten) nicht niedrigere Zollsätze einräumt, auf dem russischen Markt nicht gleich ganz und gar verdrängen können, auf jeden Fall wird aber der neue Handelsvertrag einen sehr erheblichen Rückschlag unseres Abzuges nach Russland zur Folge haben. Sollte die russische Industrie noch weiter erstarken, so würden wir uns vor die Frage gestellt sehen, in Russland eigene Werkstätten zu errichten.“

Eigene Werkstätten in Russland! Da liegt der Hase im Pfeffer! Dazu paßt es wunderbar, daß in einer deutschen Industrie, die tatsächlich Werke in Russland hat, in der elektrotechnischen Industrie, die Bälle zum Teil vervielfacht wurden, so daß sie als Sperrzölle wirken! Und so schreibt auch eine der vielen Firmen dieser Branche, die nicht in Russland fabrizieren, der Frankfurter Zeitung das folgende: „Das trotz aller rechtzeitig unternommenen Schritte derartige Sperrzölle Annahme finden konnten, können wir uns nur damit erklären, daß die beiden in Betracht kommenden großen Berliner elektrotechnischen Firmen in eigenem Interesse gegen eine so außergewöhnliche Erhöhung der Zollsätze nichts eingewandt haben, da sie selbst in Russland Fabriken besitzen.“ Nichts eingewandt? Verlangt haben sie die russischen Zölle, diese deutscher Patrioten, vor aller Öffentlichkeit verlangt! Man lese nur den letzten Geschäftsbericht von Siemens & Halske in Berlin, worin es heißt: „Das Petersburger Haus hat für das am 31. Dezember 1903 abgelaufene Geschäftsjahr keine Dividende verteilt. Es muß abgewartet werden, welche Folgen sich aus dem inzwischen ausgebrochenen russisch-japanischen Kriege und dem demnach zu erwartenden neuen russischen Zolltarif für die an härter Überproduktion leidende elektrotechnische Industrie Russlands ergeben werden.“ Was ist dies anders als ein Wunsch nach Zollerhöhung? Dem großen Kapital ist es gleichgültig, ob es seinen Profit in Deutschland oder anderwärts erzielt, deutsche oder russische Arbeiter „in Bewegung“ setzt. Den Schaden haben die kleineren Unternehmungen und die Arbeiter der ganzen Industrie.

Die Lage des Arbeitsmarktes unserer Industrie ist, wie gesagt, im allgemeinen günstig. Der Januar und ein Teil des Februar stand allerdings in der Eisenindustrie und zum geringen Teile auch in der Maschinenindustrie unter der Wirkung des Kohlenmangels. Aber die Eisengießereien berichtet das Reichsarbeitsblatt, daß das Angebot von Arbeitskräften „nur“ die Nachfrage deckte, an Formern bestand sogar ein Mangel. In den anderen Industriezweigen war das Angebot normal, das heißt mit dem normalen Überschuß. Nur über die ungelerten Arbeiter wird starkes Angebot mehrfach berichtet. Im Spezialmaschinenbau bestand eine starke Nachfrage nach Papiermaschinen, im Gasmotorenbau gab es sinkende Preise, die Arbeitsverhältnisse waren aber ungeändert. Die Fabriken von Bergwerks- und Aufbereitungsmaschinen waren in der Regel gut, zum Teil mit Überstunden beschäftigt, der Textilmaschinenbau war im allgemeinen befriedigend, der Bau von Fahrädern und Nähmaschinen normal. Günstig waren die Arbeitsverhältnisse beim Bau von Hebezeugen, normal bei der Fabrikation von landwirtschaftlichen Maschinen und von Eisenbahnwagen. Die Beschäftigung in der Klemscheider und Solinger Stahlwaren- und Kleinmaschinenbau wird als ruhig, nicht aber so günstig als im vorigen Januar bezeichnet.

Schließlich, diese Arbeitsmarktberichte über vergangene Monate geben uns doch nur geringe Anhaltspunkte zur Beurteilung der Zukunft. Etwas größeren Wert haben die Warenmarktberichte, da sie jüngeren Datums sind. Sofern ein Bericht der Rheinisch-Westfälischen Zeitung nicht als tendenziös bezeichnet werden muß, ist auf dem rheinisch-westfälischen Eisenmarkt eine „bemerkenswerte Belebung“ zu verzeichnen, besonders in den eigentlichen Handelsartikeln, wie Statuen und Bleche, auch auf dem Roheisenmarkt. Das Roheisenhandels hält es aber nicht für angebracht, die Roheisenpreise jetzt zu erhöhen. Die großen Flußstabeisenwerke sind auf Monate hinaus stark besetzt, und auch den kleineren „reinen“ Walzwerken geht, wie charakteristischer Weise bemerkt wird, „etwas mehr Arbeit zu“. Auch vom Verkauf von Trägern, Blechen, Gas- und Siederöhren, Gubrohren, Draht und Drahtstiften wird ähnelndes berichtet. In den Stahlformgießereien ist die Beschäftigung andauernd gut, ein gutes Zeichen auch für die Fabriken elektrischer Maschinen. Die Waggonfabriken haben für die Staats- und Nebenbahnen sowie auch für industrielle Betriebe bis zum Ende des Sommers reichliche Arbeit. Bei den Maschinenfabriken ist die Lage je nach Art ihrer Erzeugnisse verschieden. Der Arbeitsstand hat sich im allgemeinen gebessert, und es gibt wohl heute kaum Fabriken, die in Verlegenheit um Beschäftigung sind. Doch hört man als allgemeine Klage, daß die Preise sich nicht heben und lohnend gestalten wollen.“ Es schlimm wird es wohl damit nicht sein.

Etwas gedrückt und optimistisch ist ein Bericht über die Lage der obersteilischen Güterwerke anzuhören, es werden sich die ersten Anzeichen des lebhafteren Frühjahrgeschäftes bemerkbar. „Der Bedarf der verarbeitenden Industriezweige, der Kesselfabriken, Maschinenfabriken, Konstruktionswerkstätten und Werften hat soweit zugenommen, daß mit dem Herannahen des Sommers ein weiteres Anwachsen des Beschäftigungsgrades der Häfen erwartet wird.“ In Obereschleien ist also mehr von Erwartungen als von Tatsachen die Rede. Wie wir neulich mitteilten, war dort die Roheisenproduktion im Januar auch keineswegs besonders hoch. In ganz Deutschland betrug die Roheisenproduktion im Januar 786 209 Tonnen, gegen 871 194 im Dezember und 851 058 im Januar des Vorjahres. Die Abnahme ist in der Hauptsache durch den Bergarbeiterstreik zu erklären. Die Produktion in Rheinisch-Westfalen ging infolgedessen von 354 374 Tonnen im Dezember auf 276 601 Tonnen im Januar zurück. Dort wird dafür die Zunahme im März besonders groß sein.

Von Interesse nach mehrerer Hinsicht ist die Gründung eines neuen Hochofenswerkes in Lübeck. Zunächst ist zu konstatieren, daß die Roheisenindustrie, indem sie im Lande an den Hauptstätten von Eisen und Kohlen jeglichen Platz besetzen, erst dann die Möglichkeit einer gefährlichen Konkurrenz sich geschaffen haben. Nur an der Küste, mit englischer Kohle und schwedischem Erz, sind heute neue Hochofenswerke in Deutschland möglich, jähres Heymann in dem jüngsten Buche über die deutsche Eisenindustrie, das auch wir kürzlich besprachen. So wie das Hochofenswerk „Kraff“ daran gegründet wurde und den rheinisch-westfälischen Häfen eine unangenehme Konkurrenz bereitet, so auch dieses neue Werk, das imstande sein soll, selbst nach Schalle um 4,25 M. pro Tonne billiger zu liefern als die unweit davon gelegener Hütten. Die Zeitungen ver-

öffentlichen die Rentabilitätsberechnung, die der Hochofenschaffmann Bürmann für das projektierte Werk angestellt hat. Das Werk soll 83 000 Tonnen Hämatit — und 41 000 Tonnen Gießereiroh Eisen jährlich erzeugen. Dazu sind zwei Hochofen und 70 Kesselöfen notwendig, in die ein Kapital von 5 500 000 M. gesteckt werden soll, außerdem ein Betriebskapital von 1 500 000 M. Werden für drei von den zusammen sieben Millionen 4 1/2 prozentige Obligationen ausgeben, so bleibt für den Rest eine Dividende von 13,86 Prozent, alle Lantimen z. abgerechnet. Dabei sollen bei den Hochofen im ganzen 170 Arbeiter beschäftigt werden! Wie viele werden dafür in Westfalen überflüssig? Je entwickelter eine Industrie ist, desto unsinniger erscheint ihre weitere Entwicklung unter der Herrschaft des Kapitalismus. Bei dem Lübecker Hochofenwerk steht man auf den ersten Blick, daß es wohl der Syndikatswirtschaft Schaden bereitet, gleichzeitig aber eine neue Periode der Überproduktion in der Eisenindustrie einleitet. Das braucht jedoch die „Leuter“ der Produktion in ihrem Tun nicht zu beeinflussen.

Schon wieder ist die Verschmelzung zweier Unternehmungen der Eisenindustrie im Gange: Der Suderuss'schen Eisenwerke in Wehlar und der Eisenwerke Lollar. Suderuss verteilt für 1904 6 Prozent Dividende, Lollar 8 Prozent. Das ist entschieden zu wenig. Bringt man die beiden Unternehmungen unter einen Hut, dann kann man billiger, das heißt mit weniger Arbeitskräften produzieren und den Gewinn auf die für Eisenwerke landsübliche Höhe steigern. Da die Werke in der Hauptsache dieselben Aktionäre haben, vollzieht sich der geschäftliche Teil der Verschmelzung ziemlich glatt. Auf die in letzter Zeit veröffentlichten Geschäftsberichte und Bilanzen von Unternehmungen unserer Industrien wollen wir in der nächsten Rundschau eingehen.

**Die schwarzen Listen vor Gericht.**

Über die schwarzen Listen der Kühnemänner wurde kürzlich von der achten Zivilkammer des Landgerichtes I zu Berlin wieder ein vernichtendes Urteil gefällt. Kläger war der Gärtler L., Beklagte die Firma Otto Herberg & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu Berlin. Der Kläger trat am 18. Februar 1904 bei der Firma, die der Fabrikantenvereinigung nicht angehört, gegen einen Wochenlohn von 27 M. und unter Auflage späterer Akkordarbeit mit einem Verdienst von 36 bis 40 M. in Arbeit. Am 24. Februar aber wurde er schon wieder ohne Angabe von Gründen entlassen. Er begab sich darauf mit einem Handschein nach dem Arbeitsnachweis der Metallwarenfabrikanten in der Dresdenerstraße, um sich um die offene Stelle eines Bronzeurs zu bewerben. Auf dem Nachweis wurde ihm aber der Handschein kurzerhand abgenommen und ihm eröffnet, daß er gesperrt sei, weshalb, werde er wohl wissen. Als er gegen diese aus ihm unbekanntem Gründen erfolgte Sperre protestierte, erklärte ihm der als Vorsteher des Nachweises fungierende Generalsekretär Kasse, daß der Geschäftsführer der Firma Herberg & Co. telefonisch und brieflich seine Sperre empfohlen habe, weil er sich unziemlich benommen und unter den übrigen Arbeitern für den Metallarbeiter-Verband agitiert habe. Der Gemahregelte wollte hierauf nochmals Rücksprache mit dem Geschäftsführer der Firma nehmen; dieser lehnte jedoch jede Unterredung ab, worauf dem Arbeiter von Herrn Kasse der Arbeitschein endgültig verweigert wurde. Am 7. März fand L. dann wieder Arbeit bei einer der Fabrikantenvereinigung nicht angehörenden Firma, wurde hier aber am 16. Mai wegen Arbeitsmangel entlassen. Am 18. Mai erhielt er dann Arbeit bei der Aktiengesellschaft Gebrüder Krüger. Die Firma verlangte jedoch als Mitglied der Fabrikantenvereinigung entsprechend ihrer statistischen Verpflichtung den vorgeschriebenen gestempelten Handschein vom Arbeitsnachweis, der ihm abermals verweigert wurde. Infolgedessen erklärte die Firma, ihn nicht einstellen zu dürfen.

Der Mann blieb darauf arbeitslos und verklagte nun unter Beihilfe des Rechtsanwaltes Roth die Firma Herberg & Co., deren Geschäftsführer eine Eintragung in die schwarze Liste und eine Sperre bewirkt hatte, auf Schadenersatz für den ihm durch die Maßregel entgangenen Verdienst unter Bezugnahme auf § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Firma bestritt natürlich jegliche Geschäftspflicht, einmal, weil sie kein Mitglied der Fabrikantenvereinigung war, und dann, weil ihr Geschäftsführer nur den Arbeitsnachweis über die Ursache der schnellen Entlassung des von dort bezogenen Arbeiters habe informieren wollen, die Tendenz der Vereinigung betreffs des Maßregelungssystems dem Geschäftsführer jedoch völlig unbekannt gewesen sei.

Das Gericht kam zur Beurteilung der Firma. In der jetzt vorliegenden schriftlichen Urteilsbegründung wird dargelegt, daß den Aussagen des Geschäftsführers — er habe die Tendenz der Vereinigung nicht gekannt und den Nachweis nur informieren wollen — nicht genügend Beweiskraft beigegeben werden konnte. Denn erstens hat in den Arbeitsräumen der Firma, obwohl sie nicht Mitglied der Fabrikantenorganisation war, ein Plakat der Vereinigung folgenden Inhaltes ausgehängen:

Der Arbeitswille befähigt oder sonstwie agitiert, wird entlassen und erhält keine Beschäftigung wieder in Betrieben, die der Vereinigung der Metallindustriellen angehören.

Die Vereinigung der Metallwarenfabrikanten.

Zweitens aber habe der nach der telefonischen Benachrichtigung an den Nachweis abgeschickte Brief mit der detaillierten Schilderung, in welcher Art sich der Entlassene nichtig gemacht hatte, nur den Zweck haben können, die in jenem Plakat ausgesprochene Maßregelungstendenz der Vereinigung zu fördern. Bei der Prüfung der Frage, ob hierin ein Verstoß gegen die guten Sitten liege, schloß sich das Gericht durchweg den behauptenden Ausführungen des vorerwähnten Reichsgerichtsurteils an. In dem Urteil heißt es dann noch wörtlich:

„Nach § 113 und 146 der Gewerbeordnung ist es verboten und strafbar, in dem vom Arbeiter aufgestellten Zeugnis wider Willen des Arbeitnehmers ausdrückliche oder verdeckte ein Urteil über die Führung des letzteren auszusprechen. Der Arbeitgeber soll dadurch verhindert werden, anderen Arbeitgebern ohne Grundung Tatsachen mitzuteilen, die das Fortkommen des Arbeiters zu erschweren geeignet sind. In dem nun die Beklagte die in dem Briefe enthaltenen Behauptungen der Vereinigung mitteilte, hat sie diese Verbotsbestimmungen übergangen; denn, wie auch der Erfolg zeigt und nach der Organisation der Vereinigung auch ohne weiteres zu erwarten war, hat eine derartige Benachteiligung eine noch viel stärkere Wirkung zuungunsten des Arbeiters als ein fabelndes Zeugnis. Diese Wirkung — die allgemeine, zeitlich nicht begrenzte Aussperrung — ist aber, wie in der Reichsgerichtsurteil treffend ausgeführt wird, eine durchaus unbillige... Daß die Beklagte der Fabrikantenvereinigung nicht angehört, kann an der Beurteilung ihres Verhaltens nichts ändern, denn das Verschulden ist nicht in der Mitgliedschaft der Vereinigung zu erblicken, sondern in der bewußten Förderung ihrer Aussperrungsbestimmungen... Im vorliegenden Falle handelt es sich unweifelhaft lediglich um angebliche, wenn auch grobe Ungehörigkeiten (des Arbeiters), die wohl die Entlassung des Klägers, aber eben auch nur diese, rechtfertigen. Indem die Beklagte, das Gesetz ungehört, die Gründe der Entlassung einem so weiten Kreise von Arbeitgebern, wie es ihr überhaupt möglich war, übermittelte, um gegen den Kläger eine über die unmittelbaren Folgen der Entlassung hinausgehende, durch sein Verhalten immerhin nicht gerechtfertigten Schädigung seiner wirtschaftlichen Existenz herbeizuführen, hat sie im Sinne des § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches die guten Sitten verletzt, so daß sie für den dem Kläger daraus erwachsenen Schaden verantwortlich ist.“

Die Festsetzung des Schadenersatzes erfolgt in einer späteren Verhandlung. Ähnliche Klagen sind zurzeit in Berlin noch mehrer-

Aus dem Schwarzwald.

Das die Uhrenindustriearbeiter in Furtwangen zu den wirtschaftlich schlechtestgestellten Arbeitern gehören, ist wohl so ziemlich allgemein bekannt. Daß sie aber auch hinsichtlich der sogenannten „Sozialreform“ schlechter gestellt sind wie die Arbeiter anderer Orte, wird manchem Kollegen nicht recht einleuchten.

An das Großherzogliche Bezirksamt in Triberg. Der ergebenst Unterzeichnete, beauftragt von der Arbeiterschaft in Furtwangen, erhebt hiermit Beschwerde darüber, daß mehrere Unternehmer der Uhrenindustrie und der damit verwandten Berufe, den gesetzlichen Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes nicht Genüge leisten.

Die Arbeitererschaft von Furtwangen ist genötigt, um gegen Krankheitsgefahr zu sich selbst in Kassen, die dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes entsprechen, zu versichern. Jedoch kommen auch Fälle vor, daß Arbeiter jahrelang in einem Betrieb beschäftigt sind, ohne überhaupt versichert zu sein.

Der Wille des Gesetzgebers war aber nicht der, mit dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes eine Lücke zu schaffen, die es jedem Unternehmer ermöglicht, sich von den Lasten der Sozialgesetzgebung zu befreien, sondern der, es jedem Arbeiter zu ermöglichen, Rechte, die er in Hilfskassen vor Schaffung des jetzigen Krankenversicherungsgesetzes erworben hatte, nicht aufgeben zu müssen.

Aus allen diesen Gründen erachtet der Unterzeichnete es für geboten, daß eine hohe Behörde gegen die in Furtwangen bestehenden Zustände einschreitet und die Unternehmer verpflichtet, ihre Arbeiter gesetzmäßig gegen Krankheit zu versichern.

Einere geneigten Erlebigung im Interesse der Arbeiterschaft von Furtwangen und einer gefälligen Rückäußerung entgegengehend, zeichnet Hochachtungsvoll ergebenst Karl Borchlöcher Bezirksleiter, Rötzepl. 16 b.

Stoffentlich greift die Aufsichtsbehörde gedrüg ein, damit diese Zustände endlich einmal ein Ende nehmen. Die Arbeiter aber mögen sich ihrer Organisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen. Nur Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit ist schuld, wenn das Unternehmertum die Rechte der Arbeiter schmälert.

Rechenschaftsbericht der General-Kommission für das Jahr 1904.

In der letzten Nummer des Korrespondenzblattes veröffentlicht die Generalkommission ihren Bericht für das Jahr 1904, der recht erfreulich für die Gewerkschaftsbewegung ist. Vor allem bestatigt er, daß die erste Million gewerkschaftlich organisierter Arbeiter schon überschritten wurde.

Der Bericht äußert sich dann über das Thema von den „Grenzen der Gewerkschaftsbewegung“. „Je umfangreicher die Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer werden“ — so erklärt Begien, der Verfasser des Berichts — „je größer infolge dessen die Zahl der Arbeiter wird, die an den einzelnen Kämpfen beteiligt ist, um so geringer wird die Aussicht, einen unmittelbaren Erfolg für

die Arbeiter bei einem Streit zu erzielen. Es wird, wenn die Kräfte der Kämpfenden gleichwertig sind, immer mehr zu Vereinbarungen kommen, und absolute Siege des einen oder andern Teils werden immer seltener werden. Für eine solche Vereinbarung ist aber bei dem Unternehmertum genügendes Verständnis und die Mäßigkeit erforderlich, die Gewerkschaft als Vertreterin der Arbeiter anzuerkennen.

Über die Tätigkeit der Generalkommission bei Beendigung des Streiks in Grimnitschau erfahren wir, daß die Generalkommission keinen direkten Einfluß auf den Abbruch des Streiks ausgeübt hat. Dagegen hat die Generalkommission bei dem Streik der Bergarbeiter im Ruhrrevier unmittelbar eingegriffen.

Zur Stärkung der Agitation wurde im verfloffenen Jahre neu errichtet das Arbeitersekretariat für das Saar-Revier, und ferner wurde ein Beamter zur Leitung der Agitation in den Provinzen Ost- und Westpreußen angestellt.

Der Bericht äußert sich nun über die Schwierigkeiten, welche diesen Kommissionen bei der Ausübung ihrer Tätigkeit gemacht werden, und mahnt zur Vorsicht bei der Gründung von Arbeitersekretariaten. Zuschüsse hat die Generalkommission nur gewährt, wenn mit Sicherheit darauf zu rechnen war, daß die gewerkschaftlichen Organisationen des betreffenden Ortes in absehbarer Zeit so gehalten werden, daß sie die Einrichtung aus eigenen Kräften zu erhalten vermögen.

Das Kassenergebnis der Generalkommission war ein günstiges. Die Reineinnahme beträgt im letzten Jahre 154716,11 Mk., ein Mehr gegenüber dem Vorjahr von 61226,66 Mk. Diese Mehreinnahme ergibt sich in erster Linie aus der vom letzten Gewerkschaftskongress beschlossenen Erhöhung der Beiträge, die im Berichtsjahr zum erstmaligen voll zur Geltung kommt.

Das von der Generalkommission errichtete Zentralarbeitersekretariat hat nach seinem Bericht eine große Zunahme von Arbeiten im Berichtsjahr zu erleben gehabt. Es gingen nicht weniger als 968 Streitsachen (im Vorjahr waren es 633) ein; außerdem gingen 3739 Eingänge an Korrespondenzen gegen 1640 im Vorjahr ein.

Die Ausgabe beträgt 94182,58 Mk., sie übersteigt die des Jahres vorher um 7794,93 Mk. Doch sind die Druckkosten des Korrespondenzblattes nur für drei Quartale in der Abrechnung enthalten. Zudem hängen die Ausgaben um rund 7000 Mk. außerdem wird das laufende Jahr erhöhte Ausgaben bringen, die auf 112000 Mk. veranschlagt werden.

Das von der Generalkommission errichtete Zentralarbeitersekretariat hat nach seinem Bericht eine große Zunahme von Arbeiten im Berichtsjahr zu erleben gehabt. Es gingen nicht weniger als 968 Streitsachen (im Vorjahr waren es 633) ein; außerdem gingen 3739 Eingänge an Korrespondenzen gegen 1640 im Vorjahr ein.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 19. März der 12. Wochenbeitrag für die Zeit vom 19. bis 25. März 1905 fällig ist.

Nach § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptkasse die Erhebung eines Extrabeitrags gestattet.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge kann Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben.

Den Verwaltungstellen Einbeck und Lindau wöchentlich 5 Pf., Hossfort monatlich 10 Pf.

Die auf der Reise befindlichen Verbandsmitglieder werden hiermit dringend aufgefordert, die Verbandsfunktionäre der örtlichen Verwaltungsstellen: Bevollmächtigte, Kassierer, Revisoren, Reisegebührenausschalter — soweit es sich nicht um angestellte Beamte handelt — nicht in der Wohnung oder gar etwa in der Fabrik oder Werkstätte aufzusuchen, da dadurch den betreffenden Verwaltungsbeamten Scherereien aller Art erwachsen, unter Umständen sogar die Entlassung aus der Arbeit die Folge sein kann.

Die reisenden Mitglieder haben sich vielmehr zur Erhebung der Reiseunterstützung ausschließlich an die im Adressenverzeichnis angegebenen Personen und die vermerkte Zeit zu halten.

Beamter für Agitation und Verwaltung

angestellt werden. Derselbe hat auch die Agitation für die innerhalb des Industriebezirks Darmstadt gelegenen Orte zu übernehmen. Das Gehalt beträgt für das erste Jahr 1680 Mk. und steigt nach der üblichen Gehaltskala. Die Bewerber müssen rednerisch gewandt sein, Vertrautheit mit dem Kassenswesen besitzen und alle vorkommenden schriftlichen Arbeiten erledigen können.

Die Bewerbungen müssen bis spätestens 25. März in Händen des Bezirksleiters Frh. Scherer, Frankfurt a. M., Walbischmidtstraße 80, I, sich befinden. Nach diesem Termin einlaufende Bewerbungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Die Verwaltungsstelle Frankfurt a. M. sucht einen besoldeten Geschäftsführer.

Bewerber müssen fünf Jahre Mitglied sein. Die Verwaltungsstelle hat zwei Beamte und soll Bewerber hauptsächlich die Agitation leiten, natürlich auch in schriftlichen Arbeiten bewandert sein und mit Unternehmern verhandeln können.

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dermal hintereinander drei einander den Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschluss aus dem Verband.

- Karl Böttger, Former, geb. am 29. Juli 1884 zu Bödnitz, Buch-Dr. 535109, Verwaltungsstelle Witterfeld, betreffend Denunziation. Josef Schmid, Schleifer, geb. am 5. Dezember 1872 zu Abtsgmünd, Buch-Dr. 274298, Verwaltungsstelle Stuttgart, betreffend Erziehungswelung von Unterstützungen. Der Hesseleschmied Max Peter wird um Angabe seiner Adresse ersucht.

Zum Geschäftsführer der Einzelmitgliederschaft in Wiltgen wurde der Kollege Albin Unentisch in Leipzig gewählt und gelten die übrigen Bewerbungen hierdurch als beantwortet.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rötze-Strasse 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Quittung

der Eingänge für die Ruhrbergleute (bis 11. März). Von den Verwaltungsstellen: Arnstadt 720, Wiefelsfeld 2000, Brandenburg 400, Eberstadt 750, Erbach 1520, Detmold 20, Dinklage 10,50, Finsterwalde 37, Hensburg 280, Forst 30, Freising 14,20, Heilbronn 58,80, Hamburg-Altona und Wilhelmshagen 1000, Jauer 15, Jena, Allgem. 75; Mecklenburg 69,05, Kaufbeuren 20, Ludwigshafen 400, Romarves-Neuendorf 600, Schwabach, Allgemeine 52, Aluminiumschläger 17, Feingoldschläger 50, Schmönningen 40, Schildebeche 75, Schwiebus 20, Singen 8,20, Triberg 19,77, Wilhelmshaven-Bant 250, Weinheim 22,20, Zeulenroda 20, Zuffenhausen 80, Augsburg 37,70, Dessau 135, Diehenbach 50, Eßlingen 250, Geesthacht 10, Hjerlehn 100, Landsbut 20, Luremburg 26, Neumarkt 5, Seckhausen 14,10, Wilhelm a. Rh. 200, Osterholz-Scharmbeck 25, Ratibor 10, Reutlingen 60. Von den Einzelmitgliedern: R. Krause, Chemnitz 161, darunter von der Agitationskommission der Former 50, und vom runden Tisch im Restaurant „grüne Aue“ 11. Neugersdorf 69,60, Penig 35,25, Schmiedeburg 56,75, Zwickau 100. Von Ehr. Ritzsch, Lüneville 0,80. In Summa 7079,62, bereits quittiert 86 290,95, im ganzen 93 360,57 Mk.

Alle für die Bergarbeiter bestimmten Gelder sind getrennt von Verbandsgeldern an die Adresse des Hauptkassiers einzufenden und dürfen auf den Quartalsabrechnungen nicht verrechnet werden. Wir ersuchen allwöchentlich einzufenden, damit wir in gleicher Weise absteuern können. Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten: von Formern und Eisengießereiarbeitern nach Annen, Stahlformer (Annener Gussfabrik) nach Elbing (S. Roswid) D.; Essen (Sonder Union und Firma Wolf) D.; nach Frankfurt a. D. (Gaul & Hoffmann) A.; nach Gabelberg-Milpa (Ußler) St.; nach Liegnitz (Gubisch) D.; nach Magdeburg (Wendel) St.; nach Ohligs und Wald bei Solingen; nach Torgelow in Pomm.; nach Zwickau (Hoffmann & Zoltesen) W.; von Gärtnern, Brüdern, Schleifern, Weigern, Drechern und Metallformern nach Berlin; nach Chemnitz (Goldschmied) D.; nach Liegnitz (Schüler) D.;

von Härttern nach Wald (Gru);  
 von Kettenschneidern nach Barmen (H. Raim) St.;  
 von Metallarbeitern aller Branchen nach Bielefeld (Lohmann  
 Fahrradfabrik) St.; (Ebling (Bilgit & Lemke) D.; nach  
 Hannover (Waggonfabrik) St.; nach Lüttenwalde L.; nach  
 Mannheim (Benz & Co.) St.; nach Meissen (Dietrich & Voigt,  
 Nähmaschinenfabrik) M.;  
 von Metallgebern nach Düsseldorf (Markmann & Petersmann)  
 St.; nach Ebling (Eichau) D.; nach Niesky bei Görtlich  
 (L. Nibel) D.;  
 von Schlägereiarbeitern nach Solingen (Emil Wolfert) D.;  
 von Schloßern nach Flensburg (Vereinigte Norddeutsche Ofen-  
 fabriken) St.;  
 von Schleifern nach Küsselheim b. Mainz (Opel) M.;

von Schmiedern nach Kln (Wagenfabrik Schuele) St.;  
 von Silberarbeitern nach Legnitz (Sandig & Co.) M.;  
 von Zingelern, Zinndrechern und Zinnbeschleifern nach Hildes-  
 heim bei Düsseldorf (Heimendahl & Keller) St.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche über-  
 haupt zu werden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohn-  
 bewegung; M.: Auslieferung; D.: Differenzen; N.: Maßregelung;  
 Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Afford-Reduktion; F.: Einführung  
 einer Fabrikordnung.)

Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen An-  
 fälle in Betracht kommen, werden die Mitglieder ersucht, sich  
 stets zuvor bei der Ortsverwaltung, Geschäftsführer oder Be-  
 vollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen  
 Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle be-  
 steht, wolle man sich an den Vorstand wenden.

## Aus den Agitationsbezirken.

### VIII. Bezirk.

#### Bericht über die Bezirkskonferenz in Mainz.

Am 22. Januar versammelten sich die Delegierten der Ver-  
 waltungsteile des achten Bezirkes im Gasthaus zum Goldenen Pfing  
 in Mainz zur Bezirkskonferenz. Die Tagesordnung lautete: 1. Der  
 Ausbau unserer Unterhaltungswehens; 2. Der fünfte Gewerkschafts-  
 kongress; 3. Die Agitation im achten Bezirk; 4. Anträge und Be-  
 schließungen. Nachdem Kollege Hausmann die Delegierten begrüßt  
 und der Gesangsverein Einigkeit-Mainz einen Begrüßungschor vor-  
 getragen, eröffnete Kollege Ehrler-Frankfurt die Konferenz mit dem  
 Hinweis auf den gewaltigen Kampf der Bergleute im Ruhrrevier  
 und erfuhr um deren tatkräftige finanzielle Unterstützung. In das  
 Bureau wurden Hausmann, Mainz und Firtelbach-Frankfurt a. M.  
 als Vorsitzende, Wid-Oberursel, Raab-Ofungstadt und Marterfeitig-  
 Offenbach als Schriftführer gewählt. Vertreten waren 33 Orte durch  
 40 Delegierte. Nicht vertreten waren die Verwaltungsstellen Koblenz,  
 ollar und Marburg.

Nach Annahme des Antrags, den dritten Punkt der Tages-  
 ordnung als ersten zu behandeln, bemerkte Kollege Ehrler, er müsse  
 aus der Begründung für die Änderung der Tagesordnung entnehmen,  
 daß der Wunsch einzelner Delegierten dahin gehe, persönliche Ange-  
 legenheiten ihrer Orte hier zum Austrag zu bringen. Er könne sich  
 deshalb nicht dazu verstehen, den von den Delegierten gewünschten  
 Bericht über die Tätigkeit der Bezirksleitung zu Beginn der Tages-  
 ordnung zu erstatten. Die Kollegen möchten erst ihre Wünsche und  
 Beschwerden vorbringen, darauf werde er gerne Rede und Antwort  
 stehen. Im übrigen verweise er darauf, daß er noch jedes Jahr  
 einen schriftlichen Bericht erstattet habe; wenn dieser für das Jahr  
 1904 nicht vollständig fertig, sondern nur zum Teil vorliege, so sei  
 das nicht seine Schuld. Denn trotz wiederholter Mahnungen hätten  
 einzelne Verwaltungen ihre Abrechnungen so spät eingeliefert, daß  
 es ihm unmöglich gewesen sei, den Bericht völlig fertig zu stellen. —  
 Die Kollegen Frind-Kellertbad, Marterfeitig und Grzejnsky-  
 Offenbach meinten, daß der Bezirksleiter unter allen Umständen ver-  
 pflichtet sei, einen Bericht zu geben. Es käme ja nicht darauf an,  
 ein sachlichgenaues Bild über die Tätigkeit des Bezirksleiters zu er-  
 halten, sondern er möge sich über die bisherige und zukünftige Art  
 der Agitation auslassen. — Ehrler bestritt, daß die Konferenz  
 ihn verpflichten könne, einen Bericht zu geben. Es falle ihm gar  
 nicht ein, sich zwingen zu lassen. Man möge sich an die von ihm  
 erhaltenen schriftlichen Berichte halten und abwarten, bis der Bericht  
 für 1904 abgezeichnet sei. Über die Art der Agitation habe er sich  
 stets mit den einzelnen Verwaltungen geeinigt und er sei auch gerne  
 bereit, fernerhin den Mitgliedern in ihren Verwaltungen ent-  
 gegenzukommen, soweit dies möglich. Wenn aber die Delegierten  
 Wünsche über die Art der Agitation haben, so mögen sie diese vor-  
 bringen. Er werde seine Meinung dazu nachher in der unzwei-  
 deutigen Weise kundtun. — Marterfeitig beschwert sich darüber,  
 daß von der Bezirksleitung Arbeiten in die Hand genommen werden,  
 die nachher nicht fertig gestellt werden. Wenn die Arbeitslast für  
 den Betriebsleiter zu groß sei, dann müsse ihm ein zweiter Beamter  
 zur Seite gestellt werden. Redner bringt eine Reihe von Beschwerden  
 gegen den im Auftrag des Bezirksleiters in Offenbach tätig ge-  
 wesenen Kollegen Demmer vor. — Maurer-Darmstadt beschwert  
 sich darüber, daß der Bezirksleiter sie mit einer Forderung habe über-  
 lassen. — Firtelbach-Frankfurt kann die Notwendigkeit der An-  
 stellung eines Beamten für das Saarrevier nicht einsehen. Er hält  
 die Anstellung für statutenwidrig, da die Kollegen des Bezirkes nicht  
 um ihre Zustimmung gefragt worden seien. — Nink-Überbach be-  
 schwert sich darüber, daß Ehrler den beabsichtigten Streit bei  
 Kleyer „abgemauert“ habe. — Kohn-Oberursel wünscht, daß der  
 Bezirksleiter ihren Ort etwas mehr berücksichtige. — Marterfeitig  
 geht nochmals auf die Tätigkeit des Kollegen Demmer als Vertreter  
 des Bezirksleiters ein und verlangt, daß dieser sich mehr Rücksicht  
 angewöhne. — Thomas-Mainz bemängelt, daß Ehrler die Zu-  
 schüsse für die Verwaltungsteile Mainz eingeklebt habe. — Kern-  
 Darmstadt beantragt eine Teilung des Bezirkes oder die Entlassung  
 eines zweiten Beamten. — Laugemach-Frankfurt nennt die Be-  
 zirksleitung gegen eine Reihe von Vorwürfen in Schwand und meint,  
 daß die Offenbacher gar keine Ursache zur Beschwerde hätten. Ge-  
 rade in Offenbach ginge es nicht vorwärts. — Reichel-Stuttgart  
 geht auf die Ausfällungen von Firtelbach ein und behauptet  
 dieser, daß die Anstellung eines Geschäftsführers für das Saar-  
 revier notwendig und auch mit dem Statut vereinbar war. —  
 Diener-Wahlheim ist mit der Tätigkeit des Bezirksleiters voll-  
 ständig einverstanden. Er ist der Meinung, daß von Offenbach aus  
 im vorigen Jahre viel mehr getan werden konnte, als geschieht,  
 und auf die Frankfurter könne man sich überhaupt nicht verlassen. —  
 Stöffler-Wiesbaden bedauert es, daß der Bezirksleiter die Ver-  
 handlung mit der Maschinenfabrik Wiesbaden behufs Abschluß eines  
 Tarifvertrages nicht fortgesetzt habe. — Hausmann beschwert sich  
 darüber, daß sie stets ihren gelassenen, speziell durch Demmer,  
 — Grzejnsky wehrt die Angriffe der Kollegen Laugemach und  
 Diener zurück. — Zeingärtner-Frankfurt macht Vorschläge zur  
 Abänderung des bisherigen Systems in der Arbeitsverteilung der  
 Bezirkskommission. Thilmann-Luzern erklärt, daß er von dem  
 bisherigen Verlauf der Konferenz sehr enttäuscht sei. Er hätte in  
 Mainz etwas anderes erwartet als diese persönlichen Auseinander-  
 setzungen. Wenn sie in Luxemburg so viel beachtenswerter hätten  
 wie an anderen Orten, wären sie den Bezirksleiter nicht so sehr in  
 Anspruch nehmen. — Ehrler erklärt, daß der Verlauf der bisherigen  
 Debatte ihn überzeugt habe, daß es richtig war, den Bericht zu  
 Anfang der Sitzung zu verweigern. Fast den ganzen Tag hätten  
 sich die Kollegen um um Dinge gequälert, die zum größten Teil  
 rein persönlicher Natur gewesen seien und den Eindruck seines Be-  
 richtes völlig abgezwängt hätten. Dem Kollegen Zeingärtner habe  
 er zu erwidern, daß die Bezirkskommission einstimmig beschließen habe,  
 von der Wahl eines Kassierers Abstand zu nehmen, weil der § 18  
 des Statutes in dieser Beziehung die ungünstigste Fassung habe,  
 es geben könnte. Die Offenbacher Kollegen hätten eine Reihe von

Beschwerden gegen Demmer vorgebracht, deren Berechtigung auf der  
 Konferenz gar nicht geprüft werden könne. Es wäre Pflicht der  
 dortigen Verwaltung gewesen, diese Beschwerden beim Bezirksleiter  
 zu unterbreiten und eine Untersuchung zu verlangen, ehe man  
 damit an die Öffentlichkeit gehe. Wenn es in Offenbach nicht vor-  
 wärts gegangen sei, wie in fast allen anderen Orten des Bezirkes,  
 so liege die Schuld nicht an dem Bezirksleiter, sondern an den  
 Kollegen selbst. An keinem Orte sei es ihm so schwer gemacht  
 worden, Agitation zu betreiben, wie dies in Offenbach durch die  
 eigenen Kollegen geschehen sei. Dem Kollegen Nink habe er zu  
 sagen, daß es ein Glück für unsere Frankfurter Kollegen zu be-  
 trachten sei, wenn aus dem geplanten Streit bei Kleyer damals  
 nichts geworden sei. Der Kollege Firtelbach habe in Frankfurt  
 sehr viel dazu beigetragen, dem Bezirksleiter die Arbeit zu erschweren.  
 Es ginge nicht an, wenn die Handlungen des Vorstandes und des  
 Bezirksleiters den Mitgliedern gegenüber stets in den Ruf gezogen  
 würden. Die Darmstädter Kollegen, ebenso wie die Mainzer, haben  
 keine Ursache, sich zu beschweren. Einen erheblichen Teil seiner Zeit  
 habe er gerade diesen Verwaltungen gewidmet und dürfte es sich  
 wohl als sein Verdienst anrechnen, wenn es dort vorwärts gegangen  
 sei. In Darmstadt habe sich die Mitgliederzahl mehr als verdoppelt.  
 Die Zuschüsse an Mainz habe er keineswegs völlig eingestellt, dem  
 dortigen Geschäftsführer aber begreiflich gemacht, daß von den  
 Mainzer Kollegen selbst etwas mehr gesehen müßte und  
 daß sie sich nicht ausschließlich auf die Hilfe des Bezirksleiters  
 stützen dürften. Den Vertrag mit der Maschinenfabrik Wiesbaden  
 habe er deswegen nicht akzeptiert, weil er für uns unannehmbar  
 gewesen sei. Im großen und ganzen habe die Debatte nicht auf der  
 Höhe gestanden, die man von einer Bezirkskonferenz erwarten sollte.  
 Nachdem aber nun diese persönliche Debatte als erledigt betrachtet  
 werden könne, sei er gerne bereit, den gewünschten Bericht zu geben,  
 falls die Kollegen das jetzt noch wünschen. — Reichel-Stuttgart  
 beschwerte sich noch mit einigen Einwänden, die von einigen Kollegen  
 gegen die Haltung des Vorstandes bei Streiks geltend gemacht  
 wurden. — Demmer-Frankfurt vermahnt sich gegen die Vorwürfe,  
 die gegen ihn von Haus und Offenbach erhoben wurden. Er er-  
 klärt, daß die Offenbacher ihm die Weiterarbeit dort gründlich ver-  
 leitet hätten. In einer Versammlung in Diegenbach sei ihm Marter-  
 steig in einer Art und Weise entgegengetreten, wie er selbst von  
 unseren Gegnern noch nicht erlebt habe. Die Versammlung unserer  
 eigenen Kollegen wurde dort durch den Bevollmächtigten von Offen-  
 bach gestört. — Bei der Abstimmung wurde ein Antrag, der bei  
 der Generalversammlung die Trennung des Bezirkes oder Anstellung  
 eines zweiten Beamten beantragt, angenommen. Ferner ein  
 Antrag, der den Bezirksleiter verpflichtet, bei den künftigen  
 Konferenzen Bericht zu erstatten; weiter ein Antrag, der im Gegen-  
 satz zu dem Beschluß der Berliner Generalversammlung (Antrag 26)  
 befielt: „Die Generalversammlung möge beschließen: Besteht an  
 einem Orte eine Verwaltungsstelle, so haben ihr alle an Orte  
 wohnenden Mitglieder anzugehören. Die, die auswärts arbeiten und  
 der Verwaltungsstelle an ihrem Arbeitsort beitreten, sind an die  
 Verwaltung ihres Wohnortes zu überweisen. Dies ist in Statut  
 festzulegen.“ Abgelehnt wurde ein Antrag, der besagt, daß ein  
 Drittel der Mitglieder einer Verwaltungsstelle das Recht besitzen  
 soll, eine Konferenz zu verlangen und das mindestens nach jeder  
 Generalversammlung eine Konferenz stattfinden müsse. —

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Reichel-  
 Stuttgart. In einem anberthaltenden Referat begründete er die  
 Vorträge des Vorstandes und ersucht sie zur Annahme. Grzejnsky-  
 Offenbach erklärt sich mit der Vorstandsvorlage nicht einverstanden.  
 Er halte es für falsch, wenn man das Heißgeld auf die Hälfte redu-  
 zieren wolle. Er empfehle einen von der Verwaltungsstelle Offen-  
 bach gestellten Antrag: Mitgliedern, die dem Verband länger als  
 fünf Jahre angehören und invalide werden, die Beiträge bis auf zehn  
 pro Jahr zu erlassen. Marterfeitig-Offenbach empfiehlt die Ein-  
 führung von zwei Beitragsklassen und wünschte vor Einführung der  
 Erwerbslosenunterstützung Abstimmung. — Fortune-Höchst  
 war mit der Vorlage einverstanden, bezeichnete es aber für wünschens-  
 wert, die Beiträge mehr zu erhöhen und die Leistungen zu steigern.  
 Hausmann erklärte sich gegen eine Herabsetzung der Karenzzeit.  
 Hausmann-Mainz ist für die Vorlage und gegen eine Herabsetzung  
 der Karenzzeit und gegen Klassifizierung der Beiträge. Die Wahl  
 zur Generalversammlung sollte an zwei Tagen, Samstag abends und  
 Sonntag morgens vorgenommen werden können. — Thilmann-  
 Luxemburg teilt mit, daß die Vorstandsvorlage in ganz Luxemburg  
 Anklang gefunden habe. Nur wäre es gut, wenn die Karenzzeit  
 verringert werden könnte. Er empfiehlt einen dahingehenden Antrag  
 der Luxemburger Kollegen. — Firtelbach-Frankfurt ist für den Antrag  
 Offenbach und Luxemburg. Für den Bezug von Heißgeld sollte  
 ebenfalls Karenzzeit eingeführt werden. Er befürchte im Falle der  
 Annahme der Vorstandsvorlage eine Abnahme der Mitgliederzahl. —  
 In seinem Schlusswort wandte sich Reichel gegen Herabsetzung der  
 Karenzzeit, gegen Klassifizierung der Beiträge und gegen Herbei-  
 führung einer Abstimmung. Er begründete den Standpunkt des  
 Vorstandes zu diesen Fragen und ersucht um einstimmige Annahme  
 der Vortragsvorlage. — Bei der Abstimmung wurde der Antrag  
 Offenbach auf Beitragsermäßigung für invalide Kollegen ange-  
 nommen; ebenso der Antrag Luxemburg, die Karenzzeit von acht  
 auf drei Tage herabzusetzen. Angenommen wurde ferner ein  
 Antrag Mainz zu § 6 Absatz 5, nach dem bei Unfällen von Ort zu  
 Ort die Bestimmung der Kilometerzahl in Bezug kommen, und ein  
 Antrag, nach dem die Wahlzeit zur Generalversammlung auf Sam-  
 stag von 6 bis 10 Uhr abends und Sonntag von 10 bis 1 Uhr vor-  
 mittags festgesetzt werden soll. Der Antrag auf Erleichterung über  
 die Vorstandsvorlage wurde abgelehnt. Hierauf wurde die Vor-  
 standsvorlage mit allen gegen vier Stimmen angenommen.

Zum dritten Punkt referierte Kollege Ehrler. Unter lebhaftem  
 Beifall der Delegierten bedauert er, daß durch die Umänderung der  
 Tagesordnung und die langen persönlichen Auseinandersetzungen zur  
 Beratung so wichtiger Punkte, wie die Vorstandsvorlage und der  
 Gewerkschaftskongress, so wenig Zeit gegeben sei. Daraus vertrieht  
 er sich über die auf dem Kongress zur Verhandlung stehenden Fragen,  
 wie Arbeitskammern oder Arbeiterkammern, Maßfeier, Regelung der  
 Grenzstreitigkeiten und die Stellung der Kartele zu den Industrie-  
 verbänden. Nach kurzer Diskussion wurde Ehrler als Delegierter  
 zum Gewerkschaftskongress nach Köln gewählt.

Hierauf gab Ehrler ein kurzes Resümee der Arbeiten der Ver-  
 handlung, dankte den Delegierten für ihre Aufmerksamkeit, dem  
 Bureau für seine fleißige Arbeit während des Tages und schied  
 mit einem Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband die  
 Konferenz.

## Korrespondenzen.

### Feilenhauer.

Merchen. Die hiesigen Feilenhauer beschäftigen sich schon seit  
 längerer Zeit mit der Feilenfabrik Nobel & Co. (Inhaber H. Lang-  
 kammer). Nachdem die krassen Mißstände schon in der Maschinen-  
 Post veranschaulicht worden, ließ sich der Unternehmer herbei, mit  
 unserer Verwaltung in Unterhandlung zu treten. Dabei zeigte es  
 sich, daß Herr Langkammer glaubte, seine vor sich zu haben, die  
 ihm die Kapitalien aus dem Feuer holen würden. Er glaubte, seinen  
 ziemlich herabgesetzten Betrieb mit unserer Hilfe wieder in die  
 Höhe bringen zu können. Für Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse  
 scheint der Herr aber kein Verständnis zu haben. Die Arbeitszeit  
 hat er unlängst bedeutend verlängert, die Arbeitslöhne gekürzt (bei  
 einem Arbeiter sogar um 16 Pf. die Stunde). Er weigert sich, den  
 hiesigen Arbeitsnachweis anzuerkennen — Erz, er will Herr in eigener  
 Hand sein, der mit den Arbeitern machen könne, was ihm beliebt.  
 Und was Langkammer nicht fertig bringt, das besorgt sein  
 Betriebsleiter, Herr Maus, ehemals hochbetragener Besitzer einer  
 Feilenfabrik in Remscheid. Wahrscheinlich wird Maus den Betrieb  
 Langkammer auch so in die Höhe bringen wollen, wie früher den  
 heimigen in Remscheid. Bündner Arbeiter will Langkammer über-

haupt nicht beschäftigen, weil ihm diese zu teuer sind. Deshalb  
 werden sogar Tagelöhner und Vorkellnerarbeiter eingestellt, die einen  
 Tagelohn von 1,50 bis 2 Mk. erhalten. Die Lehrlingsausbeute ist  
 auch sehr im Schwunge, die Jungen müssen die Arbeiter an der  
 Maschine ersetzen, so für sie einen Lohn von 3 Mk. die Woche er-  
 halten. Man kann sich leicht denken, was da für eine Arbeit geliefert  
 wird. Trotzdem finden sich noch Nachfolger, die in diesem Muster-  
 betrieb in Arbeit treten. Diese Ausreißer kommen hauptsächlich  
 von Norddeutschland. Herr Langkammer erklärte, die Arbeitszeit  
 nicht verkürzen zu wollen, geschweige denn den Affordtarif einzuführen,  
 sollte er nicht durch den Betrieb oder durch seine eigenen Arbeiter  
 dazu gezwungen werden. Also hinein, Kollegen, in die Organisation,  
 melde diesen Musterbetrieb, dann wird es uns gelingen, auch in  
 dieser Gegend geordnete Verhältnisse zu schaffen. — Der Arbeitsnachweis  
 der Feilenhauer Münchens und der Umgebung befindet sich bei  
 Wilhelm C. Wolfrum, Westermühlstr. 22, 1. Rückgb.

### Stargard (Pommern).

Stargard (Pommern). Seit einiger Zeit werden tüchtige Feilen-  
 hauer, die auch schleifen können, in Meißer und Feile von der Firma  
 G. Brettschneider bei hohem Lohne und dauernder Beschäftigung  
 gesucht. Was die dauernde Beschäftigung betrifft, so sei bemerkt,  
 daß in drei Monaten 9 Kollegen angingen und aufhörten. Der Lohn  
 beträgt 20, 25, 28, 30 Pf. die Stunde, nur ein Arbeiter erhält 33 Pf.,  
 den höchsten Lohn, den der Herr seit Feichen der Firma bezahlt  
 hat. Jeder Kollege muß schleifen, ob er kann oder nicht. Aber die  
 wunderbare Schleiferei — alles eigene „Erfindung!“ Man muß sich  
 wirklich wundern, was manchmal in dem Kopfe eines Genies steckt.  
 Wer also glauben sollte, bei Brettschneider in ein Eldorado zu kom-  
 men, wird bitter enttäuscht werden, er wird bald wieder der Stadt  
 Stargard den Rücken kehren. Es ist Herrn Brettschneider bis jetzt  
 immer wieder gelungen, Arbeitskräfte zu erhalten. Sein Wahlspruch  
 lautet auch: „Wenn alle Tage Leute aufhören, mir ist es gleich, ich  
 bekomme doch wieder welche.“ Kollegen, es liegt in eurem eigenen  
 Interesse, diese Musterwerkstatt zu meiden.

### Formen.

Wanzen. Am 26. Februar wurde eine öffentliche Former-  
 versammlung abgehalten, in der Kollege Drescher aus Dresden über  
 die Mißstände in den hiesigen Gießereien sprach. Obwohl jetzt  
 70 Former hier sind, waren nur 33 erschienen. Kollege Drescher be-  
 leuchtete zuerst die Zustände in der Gießerei-Aktiengesellschaft.  
 In dieser Gießerei ist das spätere Gießen ein großer Mißstand. Als  
 Meister herrscht dort Herr Franz, der es ganz vergessen hat, daß  
 er auch einmal als Former arbeitete. Die Woche vor Weihnachten  
 mußte ein verheirateter Former mit 3 Mk. nach Hause gehen. Das  
 Former mit 6 bis 10 Mk. die Woche nach Hause gehen, kommt öfter  
 vor. Hat ein Former Ausschuß, so bekommt er nicht nur seinen  
 Lohn, sondern er wird auch noch mit 1 Mk. bestraft. Ein Kollege  
 hatte ein größeres Stück geformt, der Meister hatte aber eine zu  
 kleine Eisenflamme hergegeben. Der Former machte den Meister  
 darauf aufmerksam und holte sich eine andere; als er aber wieder  
 zurück kam, hatte der Meister schon abgesehen lassen. Da das Eisen  
 nicht gereicht hatte, war das Stück Ausschuß. Damit der Arbeiter  
 aber etwas bezahlt bekam, hatte der Meister den vom Former in  
 seinem Busche gemachten Eintrag durchgeschickten und fünf Stunden  
 Kernarbeit à 40 Pf. dafür geschrieben. Daraus ist zu sehen, daß  
 der Meister wohl in der Lage ist, die Arbeit zu bezahlen, wenn er  
 selbst an deren Mißlingen schuld ist. Ob er auch bestraft wurde,  
 konnte noch nicht in Erfahrung gebracht werden. Während die  
 Hälfte der Former mit niedrigem Lohne bedacht wird, verdienen die  
 Ziehlinge des Meisters bis 40 Mk. die Woche, obwohl es nicht immer  
 die besten Kräfte sind. Unter diesen Umständen ist es dem Meister  
 immer gelungen, die Uneinigkeit unter den Kollegen aufrecht zu er-  
 halten, womit er sich einen guten Namen bei der Direktion machen  
 kann. Kollege Drescher ging dann auf der Gießerei der Waggon-  
 fabrik über und bezeichnete diese Gießerei als ein ganz besseres.  
 Der Meister dieser Gießerei, Herr Raabe, versteht es, wie sein  
 Kollege Franz, die Arbeiter zu „zwiebeln“. Die Arbeit verteilt er  
 auf eine ganz ungleichmäßige Weise, was Nebereien unter den  
 Former verursacht. Auch sind da zwei Arbeitswillige, von denen  
 der eine stets gute lohnende Arbeit, der andere einen Stundenlohn  
 von 40 Pf. erhält. Würde letzterer in Afford arbeiten, hätte er schon  
 oft Geld mitbringen müssen, um den Ausschuß bezahlen zu können,  
 den er erzielt hat. Während bei den Arbeitswilligen alles durchgeht,  
 wird den anderen Formern sehr auf die Finger gesehen. Ein Kollege  
 hatte infolge schlechten Materials drei Teile Ausschuß, wofür ihm  
 1,80 Mk. abgezogen wurden. Da er sich dies nicht gefallen ließ und  
 beim Generoberichter klagte, ließ es die Firma gar nicht erst zur  
 Verhandlung kommen, sondern bezahlte den abgezogenen Betrag aus.  
 Der Former wurde aber entlassen. Daraus ist aber zu sehen,  
 daß er an dem Ausschuß nicht schuld war, sonst hätte es die Firma  
 zur Verhandlung kommen lassen. Heizung und Ventilation sind  
 mangelhaft. Zur Heizung sind Dampfrohre vorhanden, diese sind  
 aber noch nicht richtig warm geworden; es ist sogar vorgekommen,  
 daß die Former, wenn sie das Wasser auf die Dampfschleife gestellt  
 hatten, es gefroren herunternahmen. Vor circa zwei Jahren sagte  
 Herr Betriebsleiter Meyer, daß Ofen mit Abzugröhren in Dresden  
 verladen seien. Diese sind aber bis jetzt noch nicht angekommen. Zur  
 Ventilation dienen zerfallene Fenstercheiben. In der dritten  
 Gießerei, bei Strobach & Co., ist zu bemängeln schlechte Beleuchtung  
 und spätes Gießen. Es wurde folgende Resolution angenommen:  
 „Die am 26. Februar im Restaurant Böttner abgehaltene öffentliche  
 Formerversammlung erklärt nach Anhörung eines Referats über Miß-  
 stände in den hiesigen Gießereien, mit allen zu Gebot stehenden Mitteln  
 und Kräften diese Mißstände beseitigen zu wollen. Die Versammlung  
 spricht die Erwartung aus, daß die in Betracht kommenden Betriebs-  
 leitungen die geschilderten Mißstände beseitigen und weist alle sich  
 etwa ergebenden Konsequenzen von sich.“

Essen. Die Ortsverwaltungen, speziell von Rheinland und West-  
 falen, eruchen wir, darauf zu achten, daß jetzt Former nicht nach  
 Essen ziehen. Es gibt Leute, die ein besonderes Vergnügen darin  
 finden, mit einem Meister von einer Stadt zur anderen zu ziehen  
 und auch Kollegen dazu zu verleiten. Diesen Leuten das Handwerk  
 zu legen, ist Pflicht. Was erleben wir in Essen? Vor Zugung wird  
 gewarnt, aber derartige fündige Onkel ziehen die fremden Kollegen  
 heranz, ohne sie über die hiesigen traurigen Gießereiverhältnisse auf-  
 zuklären. Zugleich ist es aber auch ein Armutsergebnis für die  
 Kollegen, die auf solche Art herziehen. Die Metallarbeiter-Zeitung  
 scheint diesen Kollegen ein unbekanntes Blatt zu sein; denn wenn sie  
 diese lesen und entsprechend handeln würden, wäre der Zugang un-  
 möglich. Die Ortsverwaltung Essen zahlt während der Sperrzeit  
 keine Unterhaltung noch Unzugskosten. Das mögen sich die Kollegen  
 merken und danach ihre Handlungsweise einrichten.

Frankfurt a. O. In der Maschinenfabrik und Eisengießerei  
 von Gaul & Hoffmann, Inhaber Richter & Bolling, sind die  
 Former am 8. März ausgeperrt worden. Zugang ist ferngehalten.

### Selbischer und Gürtler.

Prag. Die hiesige Firma Morel sucht in sächsischen  
 Städten, besonders in Dresden, Arbeiter zu dem Zwecke anzuwerben,  
 damit sie ihre jetzigen Arbeiter, die sich zu organisieren beginnen,  
 aussperrten könnte. Wir warnen daher deutsche Arbeiter vor dieser  
 Firma, damit sie nicht ohne Einführung näherer Informationen nach  
 Prag reisen. Die Verhältnisse der Gürtler, besonders bei den Bronze-  
 und Kupferarbeitern, sind nicht geregelt. Die Löhne sind niedrig,  
 die Arbeitszeit ist lang. Und in Prag ist das Leben nicht billig.  
 Der durchschnittliche Wochenverdienst ist 16 bis 20 Kronen gleich 14  
 bis 18 Mk. bei 10 bis 12 stündiger Arbeitszeit. Wer nähere Aus-  
 kunft wünscht, wende sich (er kann auch deutsch schreiben) an das  
 Sekretariat der Metallarbeiter in Prag.

### Metallarbeiter.

Berenburg. Am 19. Februar referierte Kollege Sob-Galle in  
 einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung über unsere wirtschaft-  
 liche Lage. Diese Versammlung, in der über einige hiesige Betriebe

die Wahrheit gesagt wurde, hatte noch einige Nachspiele. In der Bernburger Maschinenfabrik, Abteilung für Dampfmaschinen, ist ein vor kurzer Zeit Meister geworden Herr namens August Kuhn tätig. Nach Lage nach der Versammlung wollte Kuhn unseren Verhältnisse des Betriebs in der Versammlung kritisiert wurden. Unser Kollege erwiderte, daß das in der Versammlung Vorgebrachte doch auf Wahrheit beruhe. Die Folge dieses freimütigen Vorkommnisses war, daß der Vertrauensmann am Sonnabend mit noch fünf Kollegen Samstagabend bekam. Unser Vertrauensmann war acht Jahre in der Bude und hat schlechte Zeiten mit durchgemacht und jetzt wurde als Grund der Entlassung "Arbeitsmangel" angegeben! Herr Kuhn wird sich hoffentlich nicht einbilden, daß jemand glaubt, daß Arbeitsmangel der Grund sei; er will wohl die Verbandsmitglieder los sein, hat er ja doch auch seinen Lohn bestimmt, aus dem Verband ausgetreten. Wir werden aber für dieses ein Mitglied, das, unter solchen Umständen nicht mehr in Metallarbeiter-Verband bleiben kann, viele andere bekommen. — Die Bude selbst gleicht von außen einem Vogelfäfig, sie besteht aus schwachen Brettern; wenn nicht einige Kranlinsen darin ständen, wäre sie schon längst in die daran vorbeistreichende Saale geflogen. An "Ventilation" fehlt es nicht, die Arbeiter spüren sie jetzt im Winter nur zu gut. Nichtig geheizt wird nur in der Dreherei und in der Meisterbude, die Arbeiter d. r. übrigen Sparten müssen sich mit der Heizung durch Koksstücke begnügen. Der Speiseaal ist für 40 Personen berechnet, es müssen aber mitunter 100 sich darin zusammenpressen. Unterküchenräume existieren nicht, auch Wascheinrichtungen fehlen, so daß die Arbeiter ihr Frühstück und Biberbrötchen mit schwierigen Händen zu sich nehmen müssen. Die so notwendigen sanitären Verbesserungen kosten freilich einiges Geld, es sollen aber hohe Dividenden erzielt werden. Herr Kuhn hilft der Firma bei ihrem Sparsystem, er steht darauf, daß die Arbeiter nicht zu viel verdienen. An den Kollegen dieser Bude liegt es, durch vollständigen Anschluß an den Metallarbeiter-Verband die Möglichkeit zu schaffen, bessere Zustände herbeizuführen.

**Vielckeb.** Mit der Vorlage des Vorstandes zum Ausbau des Unterstützungsvereins beschäftigten sich 10 Bezirksversammlungen der hiesigen Verwaltungsstelle. Der Besuch dieser Versammlungen war überall sehr stark, es mögen wohl zusammen über 2500 Mitglieder anwesend gewesen sein. Die Referate hatten die Kollegen Severing, Köhler, Gusemann, Wagner und Dehnke übernommen. Nach eingehender Diskussion wurde folgende Resolution, in einigen Versammlungen einstimmig, in den übrigen nahezu einstimmig angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit der Vorlage des Vorstandes an die Leipziger Generalversammlung einverstanden. Sie hält den Ausbau des Unterstützungsvereins in der nach der Vorlage erzielten Richtung nicht nur für ein wichtiges Mittel, um der Fluktuation des Mitgliederbestandes vorzubeugen und dadurch gesunkene und disziplinierte Gewerkschafter zu gewinnen, sondern es wird auch durch die beachtliche Ausdehnung der Unterstützung auf Krankheitsfälle den zweifelhaften Hilfsfällen, die sich in den weitläufigen weiten Kreisen als Schwindelfälle entwippen und der Arbeitererschaft schweren Schaden zufügen, der Boden entzogen. Im Hinblick auf diese bedeutenden Mehrleistungen des Verbandes, die die Vorlage des Vorstandes in Aussicht stellt, hält die Versammlung die gleichfalls beantragte Erhöhung des Beitrags von 40 auf 50 Pf. für absolut erforderlich, um die Leistungsfähigkeit der Organisation auch im wirtschaftlichen Kampfe zu heben und zu festigen.“

**Fechenheim.** In einer außerordentlichen Versammlung am 27. Februar befaßte sich die hiesige Verwaltungsstelle mit den Anträgen des Vorstandes zur Generalversammlung. Von dem Referenten Langgamm aus Frankfurt a. M. wurde darauf hingewiesen, daß noch nie ein Antrag des Vorstandes sympathischer begrüßt wurde, als der über die Erwerbslosenunterstützung. Die wenigen Gegner, deren hauptsächlichste Befürchtung die Abschwächung des Kampfcharakteres des Verbandes sei, werden durch die letzten Jahresabschlüsse glänzend widerlegt. Weil über eine Million Mark seien für Streiks und Auspierungen ausgegeben worden. Und eine Organisation, die Kämpfe führt, wie der gegenwärtig in Berlin abgebrochene, könne sich durch nichts von ihrem Ziele, der wirtschaftlichen Befreiung und Gleichberechtigung der deutschen Metallarbeiter, abbringen lassen. Alle bis jetzt eingeführten Unterstützungsweize und so auch die Erwerbslosenunterstützung seien nur Mittel, um diesen Zweck zu erreichen. In der Diskussion nahm Kollege Mehring Veranlassung, seinen gegenwärtigen Standpunkt zu vertreten. Er hält die vom Vorstand gegebenen rechnerischen Unterlagen nicht für richtig, vermied es aber, dafür den Beweis zu erbringen. Seiner Meinung nach müßte, weil jeder einzelne in den Genuss der Unterstützung gelangen könnte, ein kolossales Defizit entstehen. Kollege Puth plädierte dem Referenten bei, er glaubt bestimmt, daß die Erwerbslosenunterstützung ein Haupttagsatzmittel bei den älteren Kollegen sein werde. Gerade am hiesigen Orte müßte mit diesem Zustand ganz besonders gerechnet werden. Auf das letztere wies auch Kollege Pleß hin; die Generalversammlung werde die Vorlage wohl annehmen, aber in einigen Details doch reformieren. Die Kassenzeit müßte herabgesetzt werden, vielleicht auf drei Tage. Auch glaubt Kollege Redner, daß man die feitherrigen Sätze der Reueunterstützung im Interesse der wandernden Kollegen bestehen lassen sollte. Im übrigen stehe er der Vorlage sympathisch gegenüber. Im Schlußwort betonte der Referent, daß selbstverständlich das Projekt erst nach reichlicher Beratung mit Abänderungen angenommen würde. In den Vorstand solle man das Vertrauen setzen, daß das gegebene Material gewissenhaft zusammengefaßt sei. Die Sitzung der Wanderunterstützung sei beendigt, weil ja doch fast immer die gleichen Mitglieder die Aufsicht davon seien. Die Verbandsbeamten der von den Reisenden stark besuchten Orte müßten davon ein Bild zu fassen. Bei der Abstimmung wurden die Änderungen des Referenten gegen eine Stimme gutgeheißen. — Zum zweiten Punkt: Einführung eines Lokaltagsatzes, wurde beschlossen, vom 1. April dieses Jahres an einen Ortsbeitrag von 5 Pf. pro Woche zu erheben.

**Silbesheim.** Am 16. Februar hatte die hiesige Verwaltung auf Veranlassung der in der Sparherbafabrik von M. Senking beschäftigten Arbeiter eine Besprechung für diesen Betrieb einberufen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Die neue Arbeitsordnung und die Zustände in der Fabrik“, nahm Kollege Gänisch das Wort und geißelte mit scharfen Worten das Verhalten des Herrn Alois Sage (Inhaber der Firma), der bei jeder Gelegenheit von dem Wohlwollen der Firma für die Arbeiter überflüssig mache. Ob es auch zum Wohle der Arbeiter beitrage, sie mit Stundenlöhnen von 25 Pf. abzulassen, kann fraglich bezweifelt werden. Auch wenn Arbeiter es nach 20-jähriger Tätigkeit schließlich auf 38 Pf. Stundenlohn gebracht haben, kann man noch nicht von einem Wohlwollen für die Arbeiter reden. Die jedes Jahr wiederkehrenden Abzüge an den Akkordpreisen beweisen das Gegenteil; 20 Prozent Abzug oder noch mehr — ist das Wohlwollen? Nun behauptete aber Herr Sage in einer Versammlung, bis er in der Fabrik abgehalten, der Durchschnittsverdienst der Arbeiter wäre bedeutend gestiegen. Im Jahre 1896 habe dieser nur 18 Mk. pro Woche betragen, während er jetzt auf 22,70 Mk. beläuft. Wie dieser Lohn herausgerechnet ist, hat Sage nicht verraten; daß zahlreiche Überstunden, vielleicht auch die vermehrte Zahl der Beamten und ihre bessere Besoldung dazu beigetragen haben, ist nicht gesagt worden. Daß aber 22,70 Mk. für einen Familienvater nicht genügen, sollte auch Herr Sage glauben können, wenn nicht, soll er es einmal selbst probieren, ob er damit auskommt. Ganz hat Herr Sage verraten und das ist sehr wesentlich, nämlich, daß es bei den jetzigen Abzügen nicht bleibt, sondern noch weiter reduziert wird. Ihr Arbeiter geht nun, wohin es führt, wenn ihr nicht organisiert seid. Der Unternehmer kennt seine Macht, aber ihr nicht die eure. Dann ging Redner auf die neue Arbeitsordnung ein. Diese könne es mit mancher Gefängnisordnung aufnehmen, denn fast jeder der 16 Paragraphen enthalte erhebliche Geldstrafen wegen geringer Vergehen oder Verwundungen. Überhaupt habe es die Firma verstanden, möglichst alle Vorteile für sich festzusetzen. Sehr viele Arbeiter mögen beim Lesen der Anleitung der Arbeitsordnung gedacht haben: es hat zwar lange gedauert bis sie erschienen (circa zwei Jahre), wer jedoch glaubte, daß sie deshalb gut sei, ist beim Durchlesen sicher zu der entgegengesetzten Überzeugung gekommen. Hier die Einleitung: „Der

in dem Gedächtnis der Fabrik, in der gebiegenen und preiswerten Herstellung der Fabrikate die Grundlage für einen sicheren Fortbestand des Betriebes erblickt, der wird sich auch darüber klar sein, daß er in einer gutgehenden Fabrik eine Lebensstellung hat. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, wird er nicht verkennen, daß diese Arbeitsordnung nicht nur im Interesse eines geregelten Betriebes, sondern auch zur Wohlfahrt der Arbeitnehmer erlassen ist, und ist es Grundbedingung, daß jeder sich derselben willig unterzieht und zu deren Einhaltung nach besten Kräften beiträgt.“ Die Einleitung spricht also von Lebensstellung. § 2 hebt die bisher übliche achtstägige Kündigungsfrist auf. Der Firma tut jetzt schon der Wegfall der Kündigung leid, sie will diese wieder einführen. Grund: Fast täglicher Wechsel von Arbeitern, an einem Tage haben 11 Mann aufgehört. § 3 zählt die Vorgelegten auf, zu denen außer den üblichen Meistern der Portier und der Nachwächter kommen, deren Anweisungen auch Folge zu leisten ist. Für Verwundungen werden Strafen von 10 Pf. bis zur Höhe des halben Tagelohnes verhängt; wer für einen anderen die Kontrollurhe schließt, zahlt einen vollen Tagelohn Strafe und so weiter. Schadenersatz für zerbrochenes Werkzeug zc. wird vom Lohn abgezogen, was ungeschick ist. Zum Schluß setzte Redner noch die Rechte des Arbeiterauschusses ins rechte Licht und warnte die Arbeiter davor, sich großen Hoffnungen auf diese Institution hinzugeben. Denn der Arbeiterauschuss sei machtlos, so lange er nicht die gesamte Arbeiterschaft des Betriebes hinter sich habe und diese organisiert sei. In der Diskussion brachten mehrere Redner noch recht erhebliche Mißstände zur Sprache. Dabei stellte es sich heraus, daß die Akkordreduktionen zum Teil erheblich höhere waren als der Referent angeführt hatte. Auch ein Maurer sprach mehrmals über Mißstände und Lohnverhältnisse. Der mit anwesende Meister Funk sprach im Interesse der Firma und forderte die anwesenden Arbeiter auf, sich frei und offen auszusprechen; so, wie er die Firma kenne, werde sie seinem etwas im Weg legen, wenn er berechtigte Beschwerden und Wünsche vorbringe. Zunächst trat den Ausführungen des Meisters Funk in einzelnen Punkten entgegen und bezweifelte namentlich, daß die Firma den Leuten nichts in den Weg legen werde. Eine eingelaufene Resolution, die besagte, daß auf Grund des schlechten Organisationsverhältnisses der Arbeiter in der Tat jetzt nichts zu machen sei, aber die Anwesenden aufzuredete, das Verdict nachzuziehen, um zu gegebener Zeit dem Unternehmer entgegenzutreten zu können, fand fast einstimmige Annahme. — Mit des Geschickes Mächten, ist kein ewiger Bund zu schließen.“ Die Versicherung des Meisters Funk, daß seinem etwas geschehe, der sich frei gegen die Firma ausspreche, erwies sich als falsch. Der Maurer, der in der Versammlung redete, wurde am anderen Vormittag gegen 11 Uhr ohne Angabe von Gründen entlassen. Daß diese Entlassung einer Maßregelung so ähnlich ist, wie ein Ei dem andern, wird jeder einsehen, der nicht durch eine Unternehmervorteile geblinzt. Es fand deshalb am Abend der Entlassung nochmals eine Besprechung statt, die sich mit dieser Maßregelung befaßte. Kollege Gänisch, der hierzu sprach, führte den Anwesenden vor Augen, daß es nur kurzer Zeit bedürfe, um nachzuweisen, daß seine Ansicht richtig war und daß von der Humanität und dem Wohlwollen des Herrn Alois Sage die Arbeiter nichts zu erwarten haben. Er forderte die daher nochmals eindringlich auf, sich nach diesem Vorkommnis erst recht zu organisieren. Zur Sache selbst machte Gänisch den Vorschlag, eine Kommission von drei Personen zu wählen, die wegen der Wiedereinstellung des Maurers Verhandlungen mit der Firma anknüpfen solle. Die Erregung unter den Versammelten war bedeutend. Dem Vorschlag des Kollegen Gänisch wurde zugestimmt mit der Änderung, daß die Kommission aus sechs Personen bestehe. Dazu wurde Meister Funk mit in Vorschlag gebracht, der versprach, sein möglichstes um die Einstellung des Maurers zu tun. Weiteres sollte erst beschlossen werden, wenn die Kommission die Einstellung nicht erreicht. Herr Alois Sage wußte, als die Kommission bei ihm vorstellte wurde, natürlich nichts von einer Maßregelung, sondern nur, daß der Maurer wegen Mangel an Arbeit entlassen worden war. Er gab der Kommission keine verbindende Antwort, ließ aber den Maurer zu sich bestellen und erstellte ihm, daß er am nächsten Tage wieder anfangen könne. Dieses Vorkommnis, in Verbindung mit verschiedenen anderen, muß auch dem Wiedereinen darüber die Augen öffnen, was er zu tun hat: er muß sich sofort der Organisation anschließen.

**Ludwigsburg.** Ganz „moderne“ Zustände existieren hier bei der Firma Hart, das beweist folgender Fall: Ein Kollege hatte drei Jahre Lehrling und ein halbes Jahr als Arbeiter hinter sich. Da er mit seiner Ausbildung nicht zufrieden war, sah er sich nach einer anderen Arbeitsstelle um, damit er sich noch besser ausbilden könnte. Er erhielt auch in Stuttgart-Verg bei Kuhn Arbeit und sollte am nächsten Tage gleich anfangen. Da bei Hart keine Kündigung ist, kam der Kollege vor Feierabend in die Fabrik, um seinen rückständigen Lohn und die Zeugnisse zu holen. Er ging zu seinem Meister Kottusch und forderte seine Sachen. Dem Meister schien das nicht zu behagen. Da der Kollege sich auch noch eine Zigarre anzuzünden erlaubte, so schlug ihm der Meister kurz entschlossen die Zigarre aus dem Munde, worauf eine regelrechte Keilerei, begleitet von einer Anzahl Schimpfworte, folgte. Einige Kollegen nahmen sich der Sache an, und so fand es der Meister richtig, von der Keilerei abzuhellen und dem Kollegen seinen Lohn, bei Abzug von einer Mark, zu geben. Ein Zeugnis erhielt er aber nicht, nur einen leeren Papier mit dem Vermerk, daß er bei der Firma Hart angestellt habe zu arbeiten. Sein Schlafkamerad, der mit der Sache gar nichts zu tun hatte, erhielt um halb 7 Uhr seinen Auspaß. Von der Firma Hart muß aber sofort eine „Schwarze Liste“ verbannt worden sein, denn als der Kollege am anderen Morgen bei Kuhn anfangen wollte, sagte ihm der Portier, ihm sei die Anweisung gegeben worden, ihn (den Arbeiter) fortzuschicken, da man vor ihm gewarnt worden sei. An die Kollegen bei der Firma Hart richten wir die Mahnung, sich für den Verband mehr zu interessieren und ihm Mann für Mann beizutreten.

**Luzernburg.** Die hiesige Ortsverwaltung hatte in Dommeldingen für die Arbeiter des dortigen Hütenwerkes eine öffentliche Versammlung einberufen. Der Direktor des Werkes, Herr Bian, war auch erschienen. Der Referent Thilmann sprach zunächst kurz über den Vergarbeiterfreil in Saarrevier und dann über „Dividenden, Lohn- und Wohlfahrtsrichtung des Hütenwerkes“. Die Aktionäre erhielten in den letzten zwei Jahren 16 Prozent Dividende auszuschüttelt. Der Lohn der Arbeiter war sehr niedrig. Auf dem Werke würden wohl auch „Prämien“ bezahlt, bei 5 bis 10-jähriger Beschäftigung 20 Mk. und aufwärts bis 45 und 50 Jahre 100 Mk. Diese Summe würde aber nicht an bares Geld auszuschüttelt, sondern auf ein Sparbüchlein eingetragenen und mit 3 Prozent verzinst. Es wäre aber besser, wenn das Werk den Lohn erhöhte, dann könnte der Arbeiter sich selbst etwas ersparen. Redner machte darauf aufmerksam, daß die Gegner der Arbeiter den Metallarbeitern Luzernburgs folgen, sie sollten sich organisieren, aber nicht mit den Deutschen, sondern nur unter sich. Warum sagen diese Leute nicht den Kapitalisten, sie sollten nicht mit den deutschen Unternehmern Hand in Hand gehen? Warum sagen sie diesen nicht, sie möchten mit ihrem Geld über der Grenze bleiben? Besten Herbst hatten die Hüttenbarone Luzernburgs und Saarbierens sich in Trier eng zusammengeschlossen. Ungeachtet dessen müßten auch die Metallarbeiter Luzernburgs mit ihren deutschen Kollegen zusammengehen. Die Mitglieder der ehemaligen Sozialorganisation haben ein, daß sie bei eventuellem Kampfe nicht nur mit dem Luzernburger Unternehmern zu tun hätten, sondern auch mit dem deutschen. Redner schloß mit der Aufforderung, sich der Armee der organisierten Metallarbeiter anzuschließen: dem Deutschen Metallarbeiter-Verband. Hierauf ergriff Direktor Bian das Wort, um sich als Freund und Kamerad (!) der Arbeiter auszugeben. Auf dem Werke sei kein Arbeiter, der nur mit 2 Mk. pro Tag entlohnt würde. Wollte ein Arbeiter mehr Lohn, so sollte er nur auf seinem Bureau vorprechen, es würde ihm nicht abgelehnt werden. Auf dem Werke habe er die lange Schicht abgeschafft, so daß die Arbeiter keine 24 Stunden hintereinander arbeiten müßten; damit die Arbeiter dadurch keine Lohnstrafe erleiden, habe er eine „Prämie“ eingeführt. Die Arbeiter in Dommeldingen und auf dem Hütenwerk seien zufrieden und hätten keine fremden sozialistischen Aufwieglar nötig.

Auch wären keine 16 Prozent auszuschüttelt von 100, sondern von 1000 Fr. (Der Herr hält also die Arbeiter für dumm. 16 Prozent von Hundert sind 16 Fr., vom Tausend 160 Fr.) Würden seine Arbeiter fest und treu zusammenstehen mit dem Werke, so hoffe er in Zukunft keine 16, sondern 32 Prozent verteilen zu können. (Darüber sollen sich die Arbeiter, aus denen dieser Profit herausgepreßt wird, wohl gar noch freuen?) Es war dem Referenten ein leichtes, Bian zu widerlegen. Herr Bian machte deshalb einen Tumult jondergleichen. Ob Herr Bian der Freund und Kamerad seiner Arbeiter sei, glaube er nicht, um dies festzustellen, müßten die Arbeiter geheim abstimmen. Herr Bian wollte unterdessen eine Keilerei inszenieren, scheiterte aber damit an der Kaltblütigkeit des Referenten. Wenn der Referent sprach, brüllte Herr Bian und schlug mit seinem Stock auf den Tisch, daß es krachte. Der Referent führte weiter aus: Herr Bian hat gesagt: Haltet ihr treu zum Werke, dann bezahle er künftig sogar 32 Prozent Dividende. Mit anderen Worten: Arbeitet ihr von früh bis spät, jahtaus, jahrein, daß euch der Schweiß unter den Füßen zusammenläuft, dann erhalten die Aktionäre 32 Prozent, während euer Lohn zu viel ist zum Hungern, aber nicht genug zum Leben. Als der Referent wegen fortgesetzten Spektakels die Versammlung schloß, bemerkte er: „Herr Bian, Sie haben sich heute hier als ein großer Flegel gezeigt.“ Nach der Versammlung wollte Herr Bian noch scheinheilig unsern Referenten die Hand reichen, dieser schlug aber diese „Freundschaftsbezeugung“ aus. Das ganze Gehabehans des Meisters und seiner Helfershelfer zeigt, mit welchen brutalen Mitteln die hiesigen Unternehmern der Organisation der Metallarbeiter entgegenwirkten. Ihnen helfend zur Seite steht die Geistlichkeit, diese mißbraucht Beichtstuhl und Kausal zum Kampfe gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Vor wenigen Wochen kamen zwei Sandformer zur Fabrik und teilten unserem Vertrauensmann mit, daß sie zur Beichte waren. Der Beichtvater habe sie im Beichtstuhl aufgefordert, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband nicht beizutreten.

**Mannheim.** Erste Differenzen drohen bei der Firma Benz & Cie. auszubrechen. Abzüge über Abzüge sind dort schon seit vorgangenen Spätjahr an der Tagesordnung. Insbesondere sind es die Herren „Obermeister Brand und Spittler (beide noch rühmlichst bekannt aus dem früheren Schmirgelprozeß), die darin ihr Möglichstes leisten. Diese beiden setzen nütunter Preise an, die jeder Fachkenntnis entbehren. Am nur dieser Willkür zu steuern, verlangten die Arbeiter, daß in den einzelnen Abteilungen Akkordpreisliften ausgehängt werden sollen. Die Direktion lehnte dieses Ansuchen mit ganz richtigen Ausreden ab. In einer gut besuchten Fabrikversammlung beschlossen nun die Arbeiter in geheimer Abstimmung nahezu einstimmig, an dieser Forderung unbedingt festzuhalten und der Direktion noch bis 11. März Bedenkzeit zu geben, diesem gerechten Wunsche nachzukommen. Sollte bis dahin eine Einigung nicht erzielt sein, so soll am Montag, 13. März, die Arbeit nicht wieder aufgenommen werden.

**Mannheim.** Bei Benz & Cie., Rheinische Gasmotorenfabrik, sind am Samstag sämtliche Arbeiter (circa 650) in den Streik eingetreten. Die Arbeiter verlangen Einführung von Akkordpreisliften, was die Direktion rundweg ablehnte. Näherer Bericht folgt.

**Mannheim.** In den Süddeutschen Metallwerken bekam am 23. Februar ein Vertrauensmann in der Dreherei aus nichtigendsten Gründen seine Entlassung. Der Arbeiterauschuss verfuhr vergeblich, die Firma zur Zurücknahme der Entlassung zu bewegen. In einigen Fabrikversammlungen, die sich mit der Angelegenheit befaßten, kamen um außer einer Reihe anderweitiger Beschwerden Dinge äußerst delikater Natur zum Vorschein, die sich auf das Verhalten des Meisters Weiß zu den Arbeiterinnen beziehen. Es wurde deshalb in einer Fabrikversammlung beschlossen: „Der Arbeiterauschuss zu beauftragen, bei der Direktion die Wiedereinstellung des gemahntelten Arbeiters, die Entlassung des Meisters Weiß und die Berücksichtigung einer Reihe anderer Wünsche zu fordern. Kommt bis Mittwoch eine Einigung nicht zustande, so erfolgt am Donnerstag die Arbeitsniederlegung.“ Es kam jedoch insolge des provokatorischen Vorgehens der Direktion schon am Montag nachmittag zum Ausstand. Der Arbeiterauschuss überdachte auf Verlangen der Firma die Wünsche und Forderungen schriftlich. Als dieses Schriftstück, das mit der Aufschrift „Der Arbeiterauschuss“ versehen war, eintraf, wußte der Direktor Herbst an der Sicherheit und glaubte, daß die Arbeiter mit dem Inhalt nicht einverstanden seien. Es wurde der Betrieb abgestellt, sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen in einen Saal zusammengerufen, dort wurde ihnen mitgeteilt, der Herr Direktor glaube nicht, daß die Arbeiter am Mittwoch anführen wollten. Herbst verkündete dann, daß bei den Meistern Listen aufzulegen, in diese sollen alle die einzeichnen, die nicht gewonnen seien, aufzuführen; wer in einer halben Stunde sich nicht eingekzeichnet habe, sei entlassen. Da sich niemand einzeichnete, gab es verschiedene Rencontres mit den Meistern, worauf die Arbeiter mit Ausnahme von fünf oder sechs es vorzogen, einfach aufzuführen. — Da der entlassene Kollege auf Wiedereinstellung verzichtete, kam eine Einigung zwischen dem Arbeiterauschuss und der Firma zustande, deren wesentliche Punkte folgendermaßen lauten: 1. Dem Arbeiterauschuss wird die Versicherung gegeben, daß der Meister Weiß in keinerlei Verkehre mehr mit der Arbeiterschaft kommt und daß er entlassen ist. 2. Die einzelnen Akkorde werden in Mappen zusammengestellt; diese sind den Arbeitern durch die Meister auf Verlangen jederzeit zur Einsichtnahme zur Verfügung zu stellen. Nötige Änderungen der Akkordsätze behält sich die Geschäftsleitung vor. Mit den Arbeitszetteln werden auch die Akkordzettel ausgegeben, auf denen der Akkord deutlich vermerkt ist. Die Einführung dieser Listen und Akkordzettel soll baldmöglichst erfolgen. 3. Die Wochenlohnverrechnung hat für die Folge in der Weise stattzufinden, daß sowohl der Meister als auch der Arbeiter sich von der Richtigkeit dieser Umrückung überzeugen. 4. Das Kolonnenystem der Montage soll auf Anregung genau geprüft und geregelt werden. 5. Bezüglich der Organisation des Metallarbeiter-Verbandes bleibt es jedem Arbeiter anheimgestellt, ob er dieser Organisation angehören will oder nicht. 6. Eine Arbeitszeitverkürzung soll bestmöglich von der Geschäftsleitung in der Weise gehandhabt werden, daß den Arbeitern, soweit es irgend möglich ist, ihre Beschäftigung erhalten bleibt. Die Abmachungen gelten nur für die Arbeiter, die morgen Donnerstag den 2. März, 7 Uhr, zur Arbeit kommen. — Die Arbeiter stimmten dieser Abmachung zu, so daß der Streik nach zwei Tagen zu Ende war. Allerdings kann man diesen Vereinbarung nicht nachsagen, daß sie einen brauchbaren Arbeitsvertrag darstellen. Es muß deshalb dahin getrebt werden, daß die Arbeiter ein direktes Mitbestimmungsrecht im Arbeitsverhältnis haben. Das kann aber nur geschehen, wenn alle Arbeiter dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beitreten.

**Schläger.**

**Groß-Schönan.** Die Innungsversammlung der Metallschlägermeister am 26. Februar, in der der sogenannte Arbeitsvertrag ausgegeben werden sollte, war nicht beschlußfähig. Von den 31 Innungsmeistern waren nur 18 erschienen, zur Beschlußfähigkeit gehören jedoch 25. Dieser schlechte Besuch beweist deutlich, daß die Mehrzahl der Meister mit der Verböserungsabsicht einiger größerer Unternehmern — die allein den Vorteil davon haben — nicht einverstanden ist. In die Versammlung zu gehen und gegen die Verschlechterungsanträge zu stimmen, wagten sie wegen ihrer großen Abhängigkeit von den großen Unternehmern nicht. Von den 18 Meistern, die am 26. Februar erschienen waren, kann man gut die Hälfte auch als Gegner der beschriebenen Verschlechterung ansehen. Von einer Anzahl der Erschienenen wurde dies auch unverblümt zum Ausdruck gebracht. Diese Versammlung hat unverhüllt dargelegt, daß die ganze Sache nur von ein paar sehr stark interessierten Schiebern gemacht worden ist. Die Gegnerschaft einer großen Zahl kleiner Meister läßt darauf schließen, daß es endlich auch in diesen Kreisen anfängt, zu dümmern. Daß die großen Unternehmern einen Vorteil davon haben, wenn der Arbeitslohn von 14 auf 13 Pf. pro Schlag herabgeht, wenn der lästige Arbeitsvertrag beendet ist, soll nicht bestritten werden. Die kleinen Meister haben aber nicht nur keinen Vorteil, sondern direkten Schaden davon. Die großen Unternehmern stecken eben in diesem Falle von jedem von ihnen beschäftigten Gehilfen den Betrag, um den der Lohn gekürzt

wird, in ihre Tasche. Dem kleinen Meister, der für einen größeren liefert, steht dieser aber auch den Preis für seine Ware herunter. Beschäftigt der kleine Meister keinen Gehilfen, so hat er für seine Person für einen Abzug für seine Arbeit ebenso zu rechnen wie jeder Gehilfe. Beschäftigt er aber einen oder zwei Gehilfen und er fehlt den Arbeitsschritten der Gehilfen ebenfalls von 14 auf 13 Pf. pro Schlag herab, so erwächst ihm daraus nicht der geringste Vorteil, diesen hat nur der Unternehmer, an den er liefert. Für seine eigene Arbeit hat er auch in diesem Falle mit einem Abzug zu rechnen. Vielleicht fangen die kleinen Meister an, Vergleiche anzustellen über ihre Lage vor und nach dem letzten Streit. Nun sie das, dann werden sie zweifellos zu dem Schluß kommen, alles aufhören zu müssen, um zu verhindern, daß wieder solche Zustände einreisen wie vor dem Streit. Denn ihre Lage, die sich nach dem Streit ganz bedeutend gebessert hat, war vorher zum Teile eine geradezu trostlose. Sind aber die kleinen und mittleren Meister einmal zu der Erkenntnis gekommen, daß sie nur für die großen die Kattannen aus dem Feuer holen sollen, dann müssen sie auch den Mut haben, gegen die Zumutung Front zu machen. Mit dem Wegbleiben aus der Innungsversammlung ist da auf die Dauer nichts zu erreichen. Sie müssen sich in der im April stattfindenden Versammlung Mann für Mann einfinden und verlangen, daß über den Antrag auf Beseitigung des jetzigen sogenannten Arbeitsvertrags mittels Stimmzettel abgestimmt wird. Wie bestimmt die großen Unternehmer schon mit dem Beschluß auf Beseitigung des Arbeitsvertrags von vornherein gerechnet haben und wie sicher danach eventuell die Abzüge kommen würden, ist aus folgendem ersichtlich: Einer der „Großen“, Herr Bichhoff, hat bereits in der Woche vor der Innungsverammlung am 26. Februar seinen Werksleiterauschuss zu sich kommen lassen und ihm mitgeteilt, vom Montag (27. Februar) ab müsse abgezogen werden. Für zweite Qualität könne er nur noch 13 Pf. pro Schlag zahlen. Damit aber unter dem Abzug nicht nur ein Teil der Arbeiter zu leiden habe, wolle er es so machen, daß für alle Sorten in Zukunft 13 1/2 Pf. pro Schlag bezahlt werde. Man sieht, Herr Bichhoff ist Gemüthsreiz. Er verfährt nach dem Rezept: Gaden nur dem Hund den Schwanz stückweise ab, dann tut sich ja mehr. Herr Bichhoff sagte weiter, er wolle am Montag Werksleiterversammlung abhalten, und wenn die Gehilfen mit dem Abzug nicht einverstanden seien, müsse er 16 Mann entlassen. Das sind natürlich Schreckschüsse, durch die sich die Arbeiter durchaus nicht beirren lassen dürfen. Wie nun, wenn die Arbeiter den Spieß umkehren? Die Arbeiter werden ein wachsameres Auge haben und gegebenen Falles auf dem Posten sein. Handeln die mittleren und kleinen Meister auch so, dann wird es möglich sein, den Verschlechterungsabsichten der großen entgegenzutreten. Zeit wird es endlich einmal, daß die Kleinen die Vormundtschaft der Großen abschütteln.

Schmiede.

**Rauhnatt.** Einen schönen Erfolg haben die Kollegen in der Daimler-Motorenfabrik in Untertürkheim aufzuweisen. Wie in allen derartigen Geschäften war es auch hier der Fall, daß der Lohn, den die Jungschmiede erhielten (38 Pf. die Stunde), in keinem Verhältnis zu dem von ihnen verlangten Arbeit stand. In einer kürzlich abgehaltenen Versammlung wurde nun beschlossen, daß eine Kommission mit dem Arbeiterauschuss vorzulegen werden und bei der Direction für die Jungschmiede eine Erhöhung des Stundenlohns um 3 Pf., für die, die schwerere Arbeit zu machen haben, von 5 Pf. beantragt werden solle. Die Kommission begründete ihr Entgegenkommen. Herr Baurat Kallinger genehmigte die gesamten Forderungen und gab die bestimmte Zusicherung ab, daß im Buch eingeschriebene Arbeiter auf keinen Fall von den Meistern reduziert werden dürfen. Auch würden Arbeiter, bei denen es nicht möglich wäre, einen angemessenen Verdienst zu erreichen, entsprechend aufgebessert. Überhaupt zeigte die Direction mehr Verständnis als der Meister, der den Jungschmieden nur 2 Pf. Aufbesserung gewähren wollte und der glaubt, daß die Jungschmiede, wenn sie mehr Lohn verdienen, jeden Montag „blau“ machen würden. Zu begrüssen ist, daß die Feuererschmiede rüchellos für ihre jüngeren Kollegen eingetreten sind, sonst wäre dieser Erfolg wohl nicht zu erreichen gewesen. Eine Ausnahme machten natürlich ein paar „aufgeklärte“ Hirsch-Dunkerler. Von denen äußerte der eine, als er hörte, daß die Jungschmiede mehr Lohn verlangen: „Jawohl, ich stell meinem Jungschmied noch einen Sopha hin.“ Ein anderer: „Ich stell mich gleich selber vor'n Ambos quasi, dann mach' ich alles selber und die können zuschauen und werden doch bezahlt.“ Diese Anschauungen wurden ja von einigen ihrer Kollegen selbst verurteilt, aber immerhin ist es bezeichnend, daß sie überhaupt gemacht wurden. Die Schmiede bei Daimler mögen aber auch aus dieser Bewegung wieder ersehen, daß nur Einigkeit stark macht und müssen deshalb bis zum letzten Mann der Organisation beitreten, denn jetzt gilt es, das Ertragne hochzuhalten.

Rundschau.

Reichstag.

(6. bis 11. März.) Die von uns im letzten Bericht befallene Zerstückelung der sozialpolitischen Debatte hat auch im weiteren Verlauf der Verhandlungen nicht nur angehalten, sondern eher noch zugenommen. Damit ist denn auch das Interesse der Abgeordneten an den Plenarverhandlungen des Parlamentes glücklich auf dem Nullpunkt angelangt: oftmals waren gewis nicht mehr 20 Volksvertreter in Saale anwesend, um dort — nicht etwa den gerade monologstürenden Sozialpolitiker anzuhören —, sondern ihre Korrespondenz zu erledigen oder sonstige Arbeit zu verrichten. Wir wiederholten unsere frühere Mahnung an die sozialdemokratische Fraktion, das sie nicht tatenlos diesen wachsthaft beschwärenden Zuständen zuschauend, sondern zur Aufhebung einer Verbesserung die Hand rührt: beim Niedergang des Parlamentarismus haben ja doch letzten Endes nicht die herrschenden, vielmehr die aufstrebenden Schichten das Sollen anmassen ein. Welche Selbstbeherrschung der Redner darf neben der Forderung einer früheren Zusammenberufung des Parlamentes allerdings nicht vergessen werden.

Offenbar um den Arbeiter zu bewegen, wie langsam sie in der Auswahl ihrer politischen Vertreter sein müssen, predigen in jedem Jahre wieder eine Anzahl von Abgeordneten im Reichstag das Evangelium der Schwärmerei. Das letzte Mal besorgte es der unfreiwillig komisch wirkende Abgeordnete Schwann (Jena), der seine Kritik am Reichstag lediglich der Jählingheit des gegen seine Wahl eingewandten Protestes verdankt, dieses Mal der Annalen-Druck. Das pompöse Auftreten dieses Herrn geht in ungeheurerem Verhältnis zu der Größe und Bedeutung der von ihm vertretenen parlamentarischen Gruppe: daß er aber dennoch mit seinen herzerfüllten Tiraden, seinen Schwärmereien für ein neues Sachinacesgesetz, für Verbot des Streikpostenfahrens, blühige Niederlegung der politischen Kampfer und ähnlichen Phantasien die wenigen anwesenden Vertreter der Parteien der Nation in eine künstlich gehobene Stimmung bringen konnte, zeigt uns, wie sehr wir mit schweren Konflikten in nicht aller ferneren Zukunft rechnen müssen.

Mit den reaktionären Parteien würden wir kraft demokratischer Rechte bald gehörig ausgeräumt haben, wenn nicht die mit jedem Jahre ungedeuter werdende Wahlkreisverteilung uns andersartig schmerzliche Schwierigkeiten bereite. Die Wahlkreise sind seit 1871 unverändert geblieben, während sich die Bevölkerung nicht nur ganz außerordentlich vermehrt, sondern auch verschoben hat. Man nehme zur Untersuchung wie die der Wahlkreis Bückeburg mit 3000 Wählern und Zella-Bertholz mit 187000 Wählern! Der ganze Sommer des Jahres, das ganze nächstjährige Verlangsamung jeder ernsthaften Reform angesichts des Volkes wäre nicht denkbar, wenn nicht die Verzögerungen in der gemäßigtesten und nahezu vertretbarsten Form an dem Privilegium der jetzigen Reichstagswahlkreisverteilung festhielten. Die heutige Zusammenfassung des deutschen Reichstages gibt kein zutreffendes Bild von den politischen Meinungen des Volkes, sondern nur ein Jachbild.

Es ist wahr, daß viele ernsthafte Männer bei uns mit einem gewissen Mißvergnügen auf das Reichsparlament blicken; es reizt ihnen nicht genug und läßt in großen Fragen die große Initiative vermissen. Diese Leute würden sicherlich weniger schroff urteilen, wenn sie sich immer die Gründe dieser Unzufriedenheit wahnen lassen: vor Augen halten wollten! Wenn man die Dinge vorurteilslos betrachtet, muß man sich eigentlich wundern, daß bei einer solchen Wahlkreisverteilung der Reichstag nicht noch viel reaktionärer ausschaut, als es jetzt der Fall ist. Unzweifelhaft hat das Bürgerium vom heutigen Zustand genau soviel Nachteile, wie die Sozialdemokratie und einzig und allein die Agrarier sind die lachenden Begünstigten. Aber — ein Beweis für die wachsende politische Verständnisslosigkeit des Hochliberalismus — die Bourgeoisie hat sich mit dem grandiosen Unrecht abgefunden, weil sie durch Furcht gereinigt wird, die Sozialisten würden vielleicht noch ein paar Mandate mehr erhalten. Es ist in der Tat ein jämmerliches Schauspiel, wenn man die Paasche und Konforten als Wortführer des deutschen Bürgeriums agieren sieht! Dieselben reaktionären Bläse verketen in den politischen Grundfragen alle bürgerlichen Parteien, wie sich auch bei dieser Gelegenheit wieder zeigte: an die offen und brutal die Forderung der Gerechtigkeit zurückweisenden Konservativen v. Michelsen und Camp schlossen sich mit Paasche der Nationalist und der Vertreter des Zentrums, Richter, an; dagegen mit dem famosen Ausspruch, daß das Zentrum „zurzeit prinzipiell“ gegen jede Änderung der Wahlkreisverteilung im Reiche sei.

In der Budgetkommission des Reichstags wurde inzwischen mit der Beratung der diesjährigen Militärvorlagen der Regierung begonnen. Die zweijährige Dienstzeit soll endlich gesetzlich festgelegt werden (was ganz überflüssig ist, da sie niemals wieder durch die dreijährige ersetzt werden könnte), dafür aber fordert die Regierung „zum Ausgleich“ ungefahr 8000 Mann stehender Truppen mehr. Nach dem bisherigen Verlauf der Debatten kann man schon mit Sicherheit voraussagen, daß von der Forderung nur sehr wenig abgezogen werden wird. Nur das eine ist vielleicht erwähnenswert, daß auch die Vertreter der bürgerlichen Parteien kein Militär mehr auf Pump bewilligen wollen: dadurch wird die ange kündigte Reichsfinanzreform etwas präjant, die uns vermutlich die erste direkte Reichsteuer bringen wird.

Aus deutschen Gewerkschaften.

**Gewerkschaftshäuser.** Von den drei ältesten und größten Gewerkschaftshäusern liegen jetzt die Rechnungsabschlüsse für das Jahr 1904 vor. Lanach war in Berlin ein Defizit von 1443,50 Mk., in Stuttgart ein solches von 1851,18 Mk. zu verzeichnen, während Frankfurt einen Gewinn von 12382,73 Mk. aufzuweisen hat.

Für die Einführung der Erwerbslosenunterstützung wird in den Verbänden der Bäcker und der Köpfer, deren Verbandstage demnächst stattfinden, von einer Reihe von Mitgliedschaften lebhaft Propaganda gemacht.

Im Porzellanarbeiter-Verband wird gegenwärtig die obligatorische Einführung der Krankenunterstützung und eines Sterbegeldes lebhaft debattiert. Wisher bestanden hierfür besondere Kasseneinrichtungen neben dem Verband.

Weitere Fortschritte der Gewerkschaften. Im Jahre 1904 der Freizeithilfen-Verband von 503 auf 841 Mitglieder, der Verband der Konditoren von 1725 auf 2415, der Lederarbeiter-Verband von 494 auf 5778, der Verband der Bureauangestellten von 410 auf 568, der Verband der Seeleute von 2944 auf 8189, der Verband der Maler von 19087 auf 22559.

Die Bergarbeiter-Zeitung erscheint jetzt in einer Auflage von 155 000, eine Zunahme von 65 000 seit Beginn des Jahres.

Die Resultate der Seidenhutmacherbewegung, die mit dem 5. November 1904 einsetzte, werden durch das Verbandsorgan des Hutmacher-Verbandes veröffentlicht. Die Bewegung erstreckte sich auf 26 Orte und 60 Betriebe mit 336 Arbeitern und 190 Arbeiterinnen, von denen 380 Arbeiter und 100 Arbeiterinnen organisiert waren. Nur in vier Betrieben kam es zum Streit; in zwei Betrieben wurde nach einwöchiger, in einem Betrieb nach einwöchigen Streik eine Verständigung erzielt. In einem Betrieb dauerte der Streit fort. Erzielt wurde für zwei Fünftel der Beteiligten eine Verlängerung der Arbeitszeit von zusammen jährlich 30 000 Stunden oder für den einzelnen wöchentlich zwei bis sechs Stunden. Länger als neun Stunden täglich wird, mit Ausnahme eines Betriebs in Bayern mit 9 1/2-stündiger Arbeitszeit, nur noch in Werkstätten gearbeitet, die mit Ledergeschäften verbunden sind. Die erzielten Lohnverbesserungen stellten sich für den einzelnen im Durchschnitt auf mindestens 2,50 Mk. pro Woche oder auf 130 Mk. im Jahre.

Lohnbewegungen der Zimmerer sind dem Vorstand Verbandes der Zimmerer für dieses Jahr bisher von 97 Fachstellen mit 14 108 Mitgliedern angemeldet worden. Von diesen können 13 Fachstellen mit zusammen 1193 Mitglieder als geregelt angesehen werden, so daß noch in 86 Fachstellen mit zusammen 12915 Mitgliedern die Lohnfrage ihrer Erledigung harret.

Der Vorstand der Graveure und Ziseleure sieht sich veranlaßt, vom 1. April ab bis auf weiteres den Beitrag von 40 auf 50 Pf. zu erhöhen, da allein der Aufwand in der Gelbmetallindustrie in Berlin dem Verband bereits über 10 000 Mk. gekostet hat.

Zeit gebracht hat es nach einem Bericht des Vorwärts die „Deutsche Metallarbeitergewerkschaft“ in Berlin. Nach dem Bericht des Kapitärs wurden dort im Vorjahr 688 neue Mitglieder aufgenommen. Verkauf wurde aber 1904 nur insgesamt 41586 Beitragsmarken, das macht auf 52 Wochen umgelegt rund 800 Mitglieder. Sicher bei sechsähriger Weisung eine ansehnliche Leistung!

Unzulässigkeit der Polizeiverordnungen gegen das Streikpostenfischen.

Das Oberlandesgericht zu Jena hat eine Verordnung der Geraer Polizei, wodurch das Stehenbleiben und „zwecklose Hin- und Hergehen“ auf der Straße verboten wird, übereinstimmend mit dem Reichsgericht wie beurteilt:

„Das Mittel, welches die Verordnung wählt, ist nicht zulässig. Sie verhindert das Streikpostenfischen überhaupt, sie unterscheidet damit jedes plannmäßige Vorgehen der zum Streit verbündeten Arbeiter, das darauf abzielt, auf den Straßen etc. mit den arbeitswilligen Betrügnissen in Verbindung zu treten, sei es, um sie von der Arbeitsniederlegung und deren Zielen in Kenntnis zu setzen, sei es, um sie positiv zu ihren Gunsten zu beeinflussen. In neuerer Zeit ist die Unzulässigkeit solcher Verbote durch eine Entscheidung des Reichsgerichts überzeugend ausgeführt worden. Es ist demnach diese Verordnung in vollem Umfang als unzulässig anzusehen.“

Das Oberlandesgericht zu Jena geht aber noch viel weiter in seinem Urteil; es stellt in überzeugender Weise das natürliche Reaktionsrecht der Staatsbürger auf Benutzung der öffentlichen Straßen und Plätze fest:

„Es stehen die Straßen als öffentliche Wege in freiem und allgerneinem Gebrauch, und dieser erweist sich nicht nur auf das zielmäßigste Fortbewegen, sondern auch auf Stehenbleiben, Hin- und Hergehen und sonstiges Verweilen von Personen: jeder demartige Straßenaufenthalt ist dieserhalb an und für sich ein befreiztes. Die aus dem Gemeinbedürfnisse entspringende Verfügung zum Aufenthalt auf den Straßen ist auch nicht davon abhängig, ob der einzelne damit einen Zweck verbindet oder ob die Polizei dies als nützlich oder zwecklos beurteilt.“

Doppelte Strafe.

Während in der Justiz der Grundgedanke gilt, daß der Mensch für eine Straftat nur einmal bestraft werden kann, kümmert sich unsere Arbeiterverpflichtungsgesetzgebung nicht darum. Wird dem Unfallverletzten eine Geldstrafe über einem Monat diktiert, so entzieht man ihm auch noch kalteblütig die so notwendige Rente auf die Dauer der Straftat. Der Verlesene ist dann eigentlich dreimal bestraft worden, wie ein Beispiel lehrt. Ein Eisenarbeiter kam mit der rechten Hand in die Maschine und verlor dadurch drei Finger. Mit einer Rente von 25 Mk. pro Monat wurde der Verlesene abgespart und wenderte durch die Länge, da er in diesem Zustand auf jenem Beruf keine Arbeit mehr finden konnte. Durch die Handverletzung war es ihm nicht möglich, seine Rente an seinem früheren Wohnort abzuholen, er kam noch mehr in Not und wurde schließlich

wegen Betrug mit vier Monaten Gefängnis bestraft. Mittellose hält man aber sehr leicht für Betrüger. Wie erlachte er aber, als ihm die Berufsgenossenschaft zum Trost in die Strafanstalt schrieb, daß er während der Straftat keine Rente erhalte, weil ja gemäß § 95 des Gewerbeunfallversicherungs-Gesetzes die Rente ruht, wenn der Verlesene mehr als einen Monat Strafe zu verbüßen hat. Das ist die dritte Strafe. Die erste Strafe war die Verlesung selbst, dann kam der Betrugsversuch des durch den Unfall arbeitslos gewordenen Mannes, der ihm vier Monate „Beschäftigung“ sicherte, und als dritte Strafe entzieht man ihm auch noch die Rente, damit er ja wieder ganz mittellos auf die Straße tritt, wenn die Straftat zu Ende ist. Warum dies? Was geht der Berufsgenossenschaft die Strafe des Verlesenen an? Man macht auch gar keinen Unterschied, ob die Strafe als politische oder als entprechende anzusehen ist und wundernd sich dann gewaltig, wenn der Sträfling wieder mittellos durch die Länge zieht, lange warten muß, bis er wieder die Rente erhält und deshalb „rückfällig“ wird.

**Eine Ausstellung von Erzeugnissen der Hausindustrie in Berlin** ist für den Herbst dieses Jahres in Vorbereitung. Ihr Zweck ist, weitestens Kreisen ein möglichst umfassendes, völlig objektives und anschauliches Bild von den Zuständen in der Hausindustrie und den Verhältnissen der in ihr arbeitenden Bevölkerung zu geben. Um dieses Ziel zu erreichen, haben sich Vertreter fast aller Arbeiterorganisationen, in deren Bereich Heimarbeit fällt, zu gemeinsamem Wirken vereinigt: Die freien Gewerkschaften, der Verband christlicher Gewerkschaften und der Verband deutscher Gewerkevereine (Hirsch-Dunker). Ebenso haben zahlreiche Vertreter bürgerlicher Kreise sich zur Mitarbeit bereit erklärt. Nach mehreren Vorbesprechungen hat am 22. Februar abends eine von allen Beteiligten gut besuchte Sitzung stattgefunden, die ein größeres Kuratorium für die Ausstellungsgeschäfte eingestiftet hat. Aus dessen Mitte wurde sodann ein engerer Ausschuss bestellt, dem die Leitung der Vorbereitungen im einzelnen obliegt; er besteht aus folgenden Mitgliedern: Hr. Behm, Ingenieur Beuhard, R. Dittmann, Professor Francke, Abgeordneter Goldschmidt, G. Hübich, Frau Hoyer, F. Käming, R. Körner, Hr. Lüders, Hr. Salomon, Joh. Sassenbach, R. Schmidt, R. Schulte, Professor Sommerfeld, Dr. Mißbrandt. Über den Verlauf der Ausstellungen werden wir von Zeit zu Zeit berichten.

Hirsch-Dunkerisches.

Im Regulator wurden früher auch die Protokolle über die Sitzungen des Generalkrats des Gewerkevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter veröffentlicht. Wegen „Raummangel“, in Wirklichkeit aus anderen Gründen, werden diese Protokolle seit 1904 alle monatlich separat gedruckt und den Ortsausschüssen in einigen Exemplaren zugestellt. Es liegen uns nun einige dieser Protokolle vor. Zunächst finden wir darin die interessante Tatsache, daß im Gewerkeverein die Rechtsschutzgesuche vom Generalkrat und nicht — wie in den meisten zur „Aufklärung“ geklart wird — von den Ortsvereinen erledigt werden. Weiter geht daraus hervor, daß im November 1904 ein Mitglied ausgeschlossen wurde, weil es gegen den Schmeißer Strubelt den Vorschlag der Fälschung der Mitgliederkarte für den Monat Mai 1904 erhoben hat. Es ist aus den Protokollen nicht ersichtlich, inwiefern Strubelt gefasst haben soll. Nach einem Bericht der Generalkratoren seien „leiblich falsche Angaben der Ortskassierer richtig gestellt“ worden. Wahrscheinlich ist die „Nichtigstellung“ nach dem Mitgliederbuch, der sich voriges Jahr im Gewerkeverein bemerklich machte, in der Richtung erfolgt, daß die Zahlen erhöht wurden.

Seit einer Bekanntmachung in Nr. 53 des Regulator wurde das betreffende Mitglied (Kramph) nach § 5 al. 4 des Statuts ausgeschlossen. Nach dieser Bestimmung geht die Mitgliedschaft verloren „durch Beteiligung an solchen Bestrebungen, welche auf eine wesentliche Schädigung des Vereins gerichtet sind und durch politische Agitation innerhalb des Vereins oder durch Beitritt und Zugehörigkeit zu einer anderen Berufsvereinsung“.

Wir vermögen nun wirklich nicht einzusehen, wie diese Bestimmung auf den „Fall Kramph“ angewandt werden kann. Man darf darauf gespannt sein, wie sich der Delegiertentag der Maschinenbauer zu der beliebigen Anwendung des Statuts stellen wird.

Berggesetznovelle.

Die preussische Regierung hat jetzt dem Dreiklassenparlament die während des rheinisch-westfälischen Bergarbeiterstreiks verpropiertene Novelle zum Berggesetz vorgelegt. Die von den Bergarbeitern geforderte Beschränkung der Arbeitszeit auf acht Stunden inklusive Ger- und Umsatz bringt die Novelle nicht. Wie der Zentrumsabgeordnete von Hagen bereits angekündigt hatte, soll nur ein „sanitärer“ Maximalarbeitsstag eingeführt werden. In Gruben, in denen die Temperatur über 22 Grad beträgt, soll die Arbeitszeit vom 1. Oktober 1905 ab einschließlich der Einfahrt auf 8 1/2 Stunden, vom 1. Oktober 1906 (!) an auf acht Stunden festgesetzt werden. Für Gruben mit einer Temperatur von mehr als 28 Grad soll die Arbeitszeit sechs Stunden betragen. Damit diese Bestimmungen den Bergarbeitern nur ja nicht zu drückend werden, ist den Oberbergämtern gestattet, in Einzelfällen den Anfangstermin für die Gültigkeit des Gesetzes auf zwei Jahre hinauszuschieben. Dieser „sanitäre“ Arbeitstag wird zu sorgfältigen Streikigkeiten führen, da die Temperatur in den Bergwerken von Ort zu Ort und von Zeit zu Zeit großen Schwankungen unterworfen ist. Das schönste ist, das zum „Ausgleich“ von Betriebs- oder Abfahrtsstörungen „auch über- oder Nebenstunden“ einzugelegt werden dürfen. Das Nullen soll abgeschafft werden, dafür sollen monatlich Geldstrafen zulässig sein bis zum doppelten Tagesdurchschnittslohn. Arbeiterauschüsse sollen obligatorisch eingeführt werden, doch nicht ihnen nur das Recht zu „gehört zu werden“.

Die Novelle bringt den Bergleuten nichts weiter als ein Zinsengericht. Wie die Bergleute selbst über die Novelle denken, wird man ja bald zu hören bekommen. Denn die Siebenerkommission hat auf den 28. März einen preussischen Bergarbeiterkongress nach Berlin einberufen, auf dem zu der Berggesetz-, Reform“ Stellung genommen werden soll. Als vorläufige Tagesordnung ist festgelegt: Berggesetzgebung im allgemeinen, Rechnungslegung, Schlichtzeit, Arbeiterauschüsse, Grubentricks, Wagenmullen, Strafwesen, Frauen- und Kinderarbeit, Knappschußbeweisen, Normalarbeitsordnung. — Der Kongress wird im Gewerkschaftshaus am Engelager tagen.

Berichtigungen.

In dem in Nr. 8 enthaltenen Beitaritel „Kapitalkonzentration und Gewerkschaftszersplitterung“ muß es Spalte 2 Zeile 24 statt „Muhur“ laßen heißen; im Beitaritel Nr. 10 Spalte 3 Zeile 26 Stratum und Selbstausübung statt „oder“.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 21. Heft des 23. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes seien hier hervor: Märk-Aphorismen. — Die Lehren des Bergarbeiterstreiks. Von R. Kautska. — Die ungarische Revolution von 1848. Bemerkungen zu Engels' Artikel über Ungarn in der Neuen Rheinischen Zeitung. Von Erwin Sgahs. — Ein Roman über die Komune. (P. et B. Margueritte: La Commune.) Von Dr. van Ravesteyn. — Der Simplitonstunnel. Von J. German. — Literarische Rundschau: Arthur Stadthagen, Das Arbeiterrecht. Von Hugo Haack. Professor Dr. M. Kreis, Statistisches Jahrbuch deutscher Städte. Von ad. hr. Professor G. V. Schleich-Berlin, Die fromme Lüge in der Medizin. Von H. H.-G. Arbeitsnachweis und Arbeitslosigkeit in der Schweiz. Von Dr. J. H.-Z.

Mitteilungen der Expedition.

Das immerwährend verspätete Eintreffen der Zeitungsbestellungen veranlaßt uns, wiederholt darauf hinzuweisen, daß Bestellungen auf Zeitungen spätestens am Dienstag früh in unseren Händen sein müssen. Später eintreffende Bestellungen können für die betreffende Woche nicht mehr berücksichtigt werden. Abgegeben von dem durch Nachlieferungen entstehenden Mehrporto muß doch auch die nötige Anzahl der Exemplare rechtzeitig bei der Druckerei bestellt werden können.



**Inventur Extra-Verkauf**  
Berlins größtes  
**Spezialhaus:**  
**Teppiche**  
**Emil Lefèvre**  
BERLIN S.,  
Oranienstr. 158.  
Höchste Leistungsfähigkeit  
durch **Riesen-Umsatz!**  
Ständig 10 bis 15,000 Teppiche  
aller Größen und Qualitäten  
zu Ausnahme-Preisen v. 3,75 M.  
bis 1500 M. vorrätig. (1905)  
**Pracht-Katalog** mit ca. 600  
Illustrationen  
und **Inventur Extra-Liste**  
gratis und franko.  
**Verbandsmitgliedern**  
gewähre **Rabatt!**

**Zur Maffeler**  
bring wir uns. Fabrikationsgesch. für Verei-  
n. Festabzeichen, Rosetten, Schärpen, Mal-  
festzeichen, Uereinstabehn etc. In Erinnerung  
u. bit. um Hülfr. Must. u. Preis. vers. Kostentel  
Gewerkschafts-Kartell LÖrrach  
Adr.: J. Kläuser, Baslerstr. 23, Säckingen.

**Echt blaue Körper-Anzüge**  
**braune Mech.-Kittel**  
Katalog und Proben gratis.  
**Berufskleiderfabr. V. Wurzel & Cie.**  
882] BERLIN, Brückenstr. 10 b.

**Orkan-  
Fahrräder**  
find auch für Saison 1905 wiederum  
die besten und doch die billigsten.  
Fahrräder mit Glodenlager,  
1 Jahr Garantie . . . . . 31.57.—  
Saufdecken ohne Garantie . . . 3.—  
Prima Saufdecken 1/2 S. Garant. . . 4.25  
Saufschläuche ohne Garantie . . 2.40  
1/2 Jahr . . . . . 3.—  
3/4 Jahr . . . . . 3.50  
Auf Fahrräder u. Pneumatik (schreibt)  
Garantie. Sämtliche Ergänz. billigt.  
Prachtkatalog gratis und franko. [107  
**B. Wedler, Breslau 8.**

**Um die Sache kurz zu machen!**



Lieferrn wir bei Barzahlung mit  
**50 %  
Rabatt**  
direkt aus unserer Fabrik die berühmten erstklassigen  
**Continental-  
Fahrräder.**  
Es ist somit jedem Gelegenheit geboten  
**genau für die Hälfte**



des Originalpreises  
**ein erstklassiges, dauerhaftes,  
elegantes u. leichtlaufendes Rad**  
zu erwerben und gewähren wir  
**trotz des enorm billigen Preises  
fünfjährige Garantie!**

**Neueste Modelle. Hervorrag. Konstruktion. Vornehme  
Ausstattung. Grosse Kettenräder bis 60zählig. Be-  
währtest. Freilaufm. Rücktrittbremse Marke „Torpedo“.  
Doppelte, während der Fahrt veränderl. Übersetzung.**

**Gleichzeitig machen wir Radfahrer,  
welche wegen vorzeitiger Abnutzung der Mäntel oder Undichtigkeit  
der Schläuche Ärger hatten und nun endlich mit Sicherheit ihr Rad  
benutzen wollen, auf Panzer-Pneumatik Modell 1905  
aufmerksam. Panzermäntel geben grösste Gewähr für unbedingte Haltbarkeit,  
während Schläuche wegen des dazu verwendeten dickwandigen  
Gummis absolut lufthalt sind und sich glänzend bewähren.**

Wir gehen ab:  
Prima Panzermäntel in allen Grössen . . . . . Mk. 7.50  
Prima Panzer-Schläuche mit Dunlop-Ventilen . . . . . Mk. 4.50  
mit einjähriger schriftlicher Garantie. . . . .  
II. Qualität: Mäntel in allen Grössen . . . . . Mk. 5.50  
Schläuche mit Dunlop-Ventilen . . . . . Mk. 3.50  
mit gesetzlicher Garantie.

Fordern Sie kostenlose Zusendung des eleganten Kataloges über  
Continental-Fahrräder, Pneumatik und Fahrrad-Zubehör von der  
**Continental-Fahrrad-Fabrik  
von Hermann Prenzlau — Hamburg 68**  
Nichtkonvenientes wird bereitwilligst zurückgenommen und der  
bezahlte Betrag zurückerstattet, daher Risiko ausgeschlossen. [99]

**Ganz umsonst und portofrei**  
kann sich jeder von uns für entsprechenden Wert Waren erwerben.  
Man verlange neuesten Prachtkatalog mit 3500 Abbildungen  
zu näherer Angabe ebenfalls gratis und franko (ohne Kaufzwang).  
Derselbe enth. grosse Auswahl in Herrenketten, ferner grosse Auswahl in

**Gebrüder Bell, Gräfrath**  
bei Solingen.  
Antiquar. Fabrikverandhaus am Platz.  
Gegründet 1876.

Damen-Uhr-  
und Hals-  
ketten, Broschen,  
Ringen, Taschen-  
uhr., Regulateure, Wecker,  
Portemonnaies, Pfeifen,  
Spazierstöcke, Fernrohre, Feldstecher, Schuss- u. Stichwaffen, Wägen,  
Sensen, Reben- od. Gartenscharen, Gärtnermesser, Brot-, Schlacht-, Ge-  
müse-, Hack- u. Wiegemesser, Taschenmesser, Rasiermesser, Tafel-  
messer u. Gabeln, Damen-, Haar- u. Schneiderscharen, Haarmaschinen,  
Rasierapparat, Musikinstrumente, Schraub- u. Haushaltartikel,  
Kinderspielwaren u. Christbaumzweige etc. Gleichseitig offerieren wir,  
damit sich Jeder von der Güte u. Qualität unserer Waren überzeugen  
kann, franko prima Nickel-Uhrkette No. 695 wie Zeichnung ca 2 1/2 m  
lang, mit Kompass u. Schieber u. 2 Quasten-Anhängern für nur Mark 2.—  
14 Tage zur Ansicht. Besteller vorzuleisten sich, den Betrag in an-  
gegebener Probeweise einzusenden und die Uhrkette zu restituieren. —  
Mehr wie 1 Stück nur gegen Nachnahme. Bitten genau auf unsere Firma  
zu achten. Katalog enthält Neuheiten in Handwerkerketten. [24]

**Für fünf Mark ein Fahrrad**  
aber **Jedermann erhält fünf Mark**  
zu einem Fahrrad, welches sich seine Versand-Preisliste mit flammend billigen  
Broschen kommen lässt. **Realie Garantie.**

**Permanenz-Fahrradwerke Ernst Domasch, Dresden-Löbtau**  
Reparaturen, Ersatz- und Zubehörteile konfirmationslos billig. [210]

**Wenn wir Sie  
sprechen könnten**  
würden wir Sie sicher davon überzeugen, dass Sie  
durch direkten Bezug aus unserer **Fabrik** in

**Anzug-, Paletot-, Hosen-, Sport- und  
Westenstoffen sowie Damentuchen**  
unbedingt **Vorteil** haben. Erstklassige Neuheiten, billigste  
Preise, streng reelle Bedienung. Wir versenden jedes gewünschte  
Mass direkt an jedermann. **Verlangen Sie sofort Muster.**

**Lehmann & Assmy, Spremberg No. 66**  
Einzige Tuchfabrik Deutschlands dieser Art.

**Gratis** und franko versende Pracht-Katalog über  
Uhren, Gold- und Silberwaren.

Gute Zylinder-Uhr, 6 Steine, Goldzeiger,  
u. Goldränder 7 M., ferner Remontoir,  
2 starke Silberne Uhren, 2 doppelte Gold-  
ränder, 10 Steine, 12 M., gold. Damen-Hem.,  
10 Steine, 17 M. Für jede Uhr 3jährige schriftliche  
Garantie. **Umtausch gestattet oder Geld zurück.**  
**Schlechte Waren führe ich nicht! Viele Dankschreiben.**

**W. Davidowitz, Berlin-N. Brückenstr. 5a**  
226] **Siemal prämiiert mit der goldenen Medaille.**

**40 Mark**  
Dieser **Schallplatten-Apparat**  
1846  
mit Trompetenhorn, tauschbarem Uhrwerk,  
unter Garantie reell, stabil und fast un-  
verwundlich, reines laute Musik, Gesang  
und Sprache kostet nur **48 Mark.**

**Platten passen für alle Grammophone**  
Meine 1.20 Grosse 2.40 Horstmann 75 Pfg.  
15 cm 1.20 25 cm 2.40 3 H. 75 Pfg.  
Photographen von 4 Mark an. Kataloge gratis.  
**E. Schmidt, Berlin 300** Alexanderstrasse 95.

**Sie werfen Geld fort!**

wenn Sie Ihre Zigarren immer zu teuer einkaufen. Kaufen Sie nur meine so  
sehr beliebten „Savaniillos“ (5/8 cm lang), 500 Stück nur 7 Mk. franko! Sie  
werden viel Geld sparen! Über 200 Anerkennungen aus allen Städten! Bestellen  
Sie bitte sofort postfrei ins Haus 500 Stück für nur 7 Mk. per Nachn. bei der  
Zigarrenfabrik Nub. Dreib. Reichardt bei Saugitz II. ev. Nr. 3. 500 Stück  
einf. 2 Pf.-Zigaretten nur 6 Mk. 50 Pf. franko! mit oder ohne Rundstift.  
Wiedervertäufer, Händler, Gastwirte u. erhalten Engrospreise und Platate. [99]

**Für nur 3 Mark**  
Neueste Auflage! monatliche Ratenzahlung erhalten Sie sofort vollständig **Neueste Auflage!**

**Die Praxis des Metallarbeiters**

3 hochelegante Bände und 2 Modell-Bände  
Vorzugsofferte für Metallarbeiter **statt 45 M. nur 30 M.**

**Die Maschinen-Elemente**  
über 1250 Abbildungen, 700 Seiten Text.

**Die Messinstrumente**  
über 200 Abbildungen, 200 Seiten Text.

**Kraft- u. Hebe Maschinen**  
über 1000 Abbildungen, 900 Seiten Text.

**Inhalt:**  
Verarbeitung der Metalle  
Verarbeitung des Eisens, Schmiede, Walz-  
werk, Eisengießerei, Stahlwaren- und  
Kleisenindustrie, Waffenindustrie o.  
Schlösser, Geldschranke, Eisenmöbel, Ver-  
arbeitung von Bronze, Kupfer, Zink etc.  
Uhren, Gold- und Silberarbeiten. o.  
725 Seiten, 1617 Textbilder, 6 Beilagen.  
2 Modellbände enthaltend 9 hoch-  
elegante Modelle.

Nr. zu beziehen **Richard Pippig, Böhlitz-Ehrenberg bei Leipzig.**  
224] durch

**Filzhüte,** erprobt wetterfeste Qualitäten, mo-  
derne, kleidsame Formen, vorrätig  
in den Kopfweiten 53 bis 58 cm.

**Versand franko unter Nachn.**  
Diese Preise verstehen sich ein-  
schliesslich Porto und Verpackung.

**Nicht gefallende Waren**  
werden bereitwilligst ungetauscht  
oder zurückgenommen.

schwarz No. 123 mit Atlasfutter Stück 3 Mk. 50 Pfg.  
schwarz No. 125 schiefergrau No. 127 Stück 3 Mk. 60 Pfg.  
schwarz No. 129 mit schwarz-weiss façoniertem Kopfband Stück 3 Mk. 75 Pfg. [978]

silbergrau Nr. 131 mit blauem Kopfband modebraun No. 133 Stück 3 Mk. 75 Pfg.  
Kaiser Wilhelm-Hut grünl.-oliv No. 135 Stück 3 Mk. 10 Pfg.  
Sport-Hut, neueste Form oliv No. 137 Stück 3 Mk. 25 Pfg.

**Bei Bestellung ist die Kopfweite anzugeben.**

**Reichillustrierter Katalog** üb. Hüte, Wäsche, Mützen, Konfek-  
tion, Ausstattungs- u. Bekleidungs-  
Artikel jeder Art gratis, Muster von Herren- u. Damenstoffen portofrei.

**Tuchausstellung Augsburg 313.**  
Wimpfheimer & Cie.

**Umsonst u. portofrei**  
verf. unj. gr. Hauptkatalog über  
Solinger Stahlwaren, Haushalt-  
u. Küchengeräte, Waffen, Optik zc.

MIT 5 JAHRE  
GARANTIE

versenden wir franko  
Rasiermesser Nr. 10 Ia. Silber-  
naht fein hoch gefchl. fert. 3. Gebr.  
Nr. 2. Rasiermesser Nr. 15  
enthaltend: Rasiermesser Nr. 10,  
Nadelbecken, Pinzel, Rasir, Seife  
und Streichriemen Nr. 4.—  
**Saarraaschine „Rantien-  
schneid“** (Neuheit) mit 2 Aufschiebe-  
tänne für 3, 7 u. 10 mm Schneid-  
p. St. Nr. 3.50. **Sicherheits-  
Rasiermesser „Samos“**  
Nr. 2.50. Verletzung unmöglich.

**Otto Geigis & Co.**  
Gruiten bei Solingen 55  
Ältestes Fabrikverandhaus  
am Platze. [284]

**„Superior“  
Fahrräder, Nähmaschinen**

sind entschieden die vorzüglich-  
sten und trotzdem ausserordent-  
lich billig! Haben Sie Bedarf in  
Fahrrädern, Nähmaschinen und  
Fahrrad-Zubehörteilen, so for-  
dern Sie unseren Hauptkatalog,  
der Ihnen kostenlos zugestellt  
wird; derselbe bietet reich-  
haltigste Auswahl bei allerbillig-  
ster Preisstellung. [985]

**Kans Kartmann, G. m. b. H.**  
Eisenach No. 61.

**+Magerkeit.+**

Schöne, volle Körperformen durch unser  
orient. Kraftpulver, preisgekrönt gold.  
Medaillen, Paris 1900, Hamburg 1901,  
Berlin 1903, in 6-8 Wochen bis 30 Pfund  
Zunahme, garantiert unschädlich. Streng  
reell - kein Schwindel. Viele Dankschr.  
Preis Karbon mit Gebrauchsanweisung  
2 Mark. Postanw. od. Nachn. exel. Porto.

Hygien. Institut [112  
**D. Franz Steiner & Co.**  
Berlin 282, Königgrätzerstr. 78.

**Hygienische**  
Bedarfsartikel, Neuester Katalog  
m. Empfehl. viel. Ärzte u. Prof. grat. u. fr.  
**H. Unger, Gummiwarenfabrik, B. H. N.**  
Friedrichstrasse 131 c. [59]

**30 Tage zur Probe!**

5  
Jahre  
Garantie

versende Rasiermesser  
No. 27 fein hoch. a Mk. 1.50  
„ 29 sehr hoch. a „ 2.—  
„ 33 extra hoch. a „ 2.50  
Sicherheitsmesser D. R. B. M.  
In kurzer Zeit 86000 Stück verkauft.  
(Verletzung unmöglich) Mk. 2.75.  
Nicht gefallendes Beitrag sofort retour.  
Mein 300 Seiten starker Prachtkatalog  
gratis und franko an jeden.

**Emil Jansen,**  
Stahlwarenfabrik u. Versandhaus  
I. Wald No. 20 b. Solingen. [288]

**Gold- und Silberwaren.**

Wecker-Uhren mit Absteller . . . . . v. 1,50 an  
Nickel-Remont-Uhr, 30 St.-Werk . . . . . v. 3,25 an  
Echt silb. Remont-Uhren . . . . . v. 6,90 an  
Echt silberne Damen-Uhren . . . . . v. 6,75 an  
Echt gold. Damenkette mit Schieber,  
150 cm lang . . . . . v. 12,50 an  
Echt silberne Brosches . . . . . v. —,30 an

Verzinst gegen Nachnahme oder vorherige Einzahlung des  
Betrags, Risiko ausgeschlossen, da bei Nichtgefallen Geld retour.

**Uhren aller Art.**

**Julius Busse**  
Berlin G. 19, Grünstr. 3/5 G.  
Reich illustrierter Katalog über alle  
Arten von Uhren, Ketten, Gold-, Silber-,  
Nickel- und Bronzwaren, optischen  
Instrumenten, photographischen  
Apparaten, Musikwerkz., Leder- und  
Stahlwaren, Uhrenfournituren und  
Werkzeugen gratis und franko.

**Optische Artikel.**

Echt goldene Ringe . . . . . v. 0,95 an  
Kaffeefervice, vernickelt, 4 teil., 1/4 Lit. . . . . v. 3,20 an  
Brotkörbe . . . . . v. —,45 an  
Tafelaufsätze, versilbert . . . . . v. 2,40 an  
Photographie-Albuns . . . . . v. 1,00 an  
Musik-Instrumente mit Platten . . . . . v. 3,90 an  
Operngläser mit Etui . . . . . v. 3,50 an

**Wirklich billige und anerkannt reelle Bezugsquelle für  
Wiederverkäufer, Uhrmacher und Händler.**

**Photograph. Apparate.**